

**Wir wollen freie Menschen sein**

# **Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953**

**Udo Grashoff**

# Inhalt

Inhalt

Vorwort

Gesichter einer Revolte

Der Weg in die Krise

Die revolutionäre Situation

Initialzündung

Der 17. Juni in Berlin

Leipzig, Magdeburg: Protest ohne Führung

Bitterfeld, Görlitz: Machtwechsel für Stunden

Freiheitserfahrung

Sturm auf Gefängnisse

Proteste in ländlichen Gebieten

Gegenkräfte

Ausnahmestand

Was war „faschistisch“ am Aufstand?

Formen von Gewalt

Bilanz des gescheiterten Aufbegehrens

Weiterführende Literatur

Über den Autor

# Impressum

# Vorwort

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war das erste massenhafte Aufbegehren im Ostblock. Udo Grashoff bietet einen sachlichen Überblick über wesentliche Aspekte des Aufstands. Er verbindet in seiner Darstellung Ursachenanalyse und Ereignisgeschichte. Fragen werden aufgeworfen wie: Was entfachte den Unmut der Menschen? Wie entstand die revolutionäre Situation? Was wollten die Streikenden und Demonstrierenden? Wo bildeten sich spontane Strukturen, wo blieb der Aufstand chaotisch? Wie groß war der Einfluss westdeutscher Journalisten? Welche Rolle spielte physische Gewalt bei den Protesten? Wieso gab es nach der Niederschlagung des Aufstands extrem unterschiedliche Angaben über Opfer des Aufstands?

# Gesichter einer Revolte

Filmaufnahmen vom 17. Juni 1953 in Berlin zeigen eine Menschenmenge, die zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor scheinbar ziellos hin und her wogt. Sie tragen weder Plakate noch erheben sie die Fäuste oder rufen etwas. Einige wenige Ereignisse mit Symbolcharakter geschehen eher am Rande. Männer zertrümmern Propagandalosungen und Schilder, die auf die Sektorengrenze aufmerksam machen. Zwei junge Kerle klettern auf das Brandenburger Tor, holen die rote Fahne herunter und zünden sie an. Wenig später wird statt der Fahne der Kommunisten eine schwarzrotgoldene gehisst. Eine andere Szene, etwa zur gleichen Zeit, in Halle an der Saale: Vom südlichen Stadtrand her hat ein Demonstrationzug mit mehreren zehntausend Arbeitern den Marktplatz erreicht. An der Spitze läuft der Angestellte Herbert Gohlke, der später zum Sprecher des zentralen Streikkomitees der Stadt Halle gewählt wird. Gohlke und die Menschen um ihn herum winken dem Kameramann Albert Ammer zu, der mit seiner Assistentin von einem LKW aus Filmaufnahmen macht. Die Menschen wirken heiter, gelassen, fröhlich. Es sind einige Jugendliche in Lederhosen und auffallend viele Frauen in Sommerkleidern dabei. Was

hat diese Menschen so fröhlich, so überschwänglich gemacht? Was hat in ihnen so viel Hoffnung geweckt? Ist es die scheinbare Schwäche der Mächtigen? In Halle sind um die Mittagszeit noch keine Panzer zu sehen. Kilometerweit konnten die Streikenden marschieren, ohne dass sie jemand aufhielt. Die Staatsmacht hat sich zurückgezogen, es scheint, als hätte die SED bereits kapituliert. Anders in Berlin. Hier kommt es bereits am Morgen des 17. Juni zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und mit Schlagstöcken ausgerüsteten Polizisten am Haus der Ministerien. Eine Filmszene, am Vormittag aufgenommen in der Nähe des Potsdamer Platzes, zeigt einen brennenden Zeitungskiosk. Aus einem Tumult heraus führen West-Berliner Polizisten zwei Männer, bei denen es sich wahrscheinlich um Mitarbeiter der Staatssicherheit handelt, zu einem Polizeifahrzeug. Auf dem Weg dorthin drängen einzelne Demonstranten hervor und schlagen die mutmaßlichen Funktionäre, die sich resigniert von den Polizisten abführen lassen, auf den Kopf und ins Gesicht. Man sieht, wie bei einem der Männer Blut aus der Nase läuft. Als hartnäckiger Schläger fällt ein Mann auf, vielleicht um die 50 Jahre alt. Auf jeden Fall kein jugendlicher Rowdy. Was mag Menschen wie diesen so wütend gemacht, so mit Hass erfüllt haben? Szenen an

einem Tag, der am Morgen mit sehr viel Zuversicht begann, dessen spontane Freiheitsimpulse aber bereits am Nachmittag im Keim erstickt wurden. Um zu verstehen, was zu diesem Ausbruch von Freude und Zorn geführt hat, der in seiner Art einzigartig blieb in der Geschichte der DDR, soll zunächst die politische Entwicklung im Osten Deutschlands in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in den Blick genommen werden.

# Der Weg in die Krise

Als Walter Ulbricht auf der II. SED-Parteikonferenz im Juli 1952 den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus“ verkündete, ging es dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) um nicht weniger als die offene Errichtung einer Parteidiktatur nach sowjetischem Vorbild. Dieses Ziel hatte den deutschen Kommunisten schon vorgeschwebt, als sie 1945 unmittelbar nach Kriegsende aus dem Moskauer Exil in die sowjetische Besatzungszone zurückkehrten. Aber zunächst hatte die KPD aus taktischen Gründen eine parlamentarische Demokratie propagiert, wobei Ulbricht als interne Parole ausgegeben hatte, es müsse demokratisch aussehen, „aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Der Anschein einer demokratischen Entwicklung hielt sich eine Weile. So konnten sich halbwegs demokratisch gewählte Länderparlamente konstituieren, in zwei Ländern erreichten die bürgerlichen Parteien sogar die Mehrheit. Zwar setzte die Sowjetische Militäradministration unliebsame Politiker willkürlich ab, was im Fall von führenden CDU-Politikern gleich mehrfach geschah, dennoch ist es überzogen, für die ersten beiden Nachkriegsjahre bereits von einer kommunistischen Diktatur

zu sprechen. Alle politischen Akteure einte zunächst eine antifaschistische Grundhaltung. Von deutschem Boden sollte nie wieder ein Krieg ausgehen. Entsprechend dieser Devise ging es zunächst darum, die schlimmsten Folgen des Krieges zu beseitigen und alle verfügbaren Kräfte für den Wiederaufbau zu mobilisieren. In den kommunalen Verwaltungen gaben oftmals bürgerliche Fachleute den Ton an, in den Fabriken wählten die Arbeiter Betriebsräte. Die SED selbst, die 1946 aus KPD und SPD der Sowjetischen Besatzungszone hervorgegangen war, hatte sich auferlegt, Ämter in den ersten Nachkriegsjahren paritätisch mit ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten zu besetzen. Erst mit dem beginnenden Kalten Krieg – der 1947/48 von der Bildung der amerikanisch-englischen Bizone über den Marshallplan, die Währungsreform und die Berlin-Blockade sowie deren Überbrückung durch Flugzeuge der Westalliierten nahe zu unausweichlich in eine Zweiteilung Deutschlands zu münden schien – stellte die SED in der Sowjetischen Besatzungszone die Weichen in Richtung Diktatur, indem sie die demokratischen Ansätze der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft aushöhlte. Bürgerliche Politiker wurden, sofern sie sich nicht der Politik der SED unterwarfen, aus ihren Positionen gedrängt, hunderte von ihnen aus politischen Gründen inhaftiert,

einige bezahlten mutiges Widerstehen sogar mit dem Leben. Verhaftungswellen und Schauprozesse trieben viele Mitglieder bürgerlicher Parteien zur Flucht in die Bundesrepublik. Zugleich führte die SED auch in den eigenen Reihen „Säuberungsaktionen“ durch.

### **„Volkswahlen“ 1950**

Als Reaktion auf die Entstehung der Bundesrepublik war am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet worden. Danach ließ sich die SED ein Jahr Zeit, um Volkskammer, Landtage, Kreistage und Gemeindevertretungen neu wählen zu lassen. Diese Zeit nutzte sie, um politische Gegner aus zuschalten und einen Wahlmodus durchzusetzen, der die Herrschaft der SED garantierte. Zur „Wahl“ stand bei den so genannten Volkswahlen im Jahr 1950 schließlich nur eine Einheitsliste, keine Parteien, geschweige denn einzelne Kandidaten. Die Liste war so zusammengesetzt, dass die SED immer die Mehrheit bekam. Den im Verlauf des Jahres 1950 aufflammenden Widerstand gegen die Einheitsliste aus den Reihen der bürgerlichen Parteien brach die SED auf verschiedene Weise. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann zum Beispiel wurde Ende Januar 1950 durch eine öffentliche Diffamierungskampagne zum

Rücktritt genötigt. Härter traf es den Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei, Günther Stempel, der wegen seiner Ablehnung der Einheitsliste von der Staatssicherheit verhaftet, einem sowjetischen Gericht überstellt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Der liberaldemokratische Politiker war das prominenteste Opfer einer Repressionswelle, die auch viele einfache Parteimitglieder traf und zur Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien führte. Um die mehrheitlich nichtkommunistische Bevölkerung zum Gang an die Wahlurne zu bewegen, baute die SED bereits im Vorfeld der Wahl einen enormen sozialen Druck auf. Arbeitskollektive und Hausgemeinschaften mussten sich schriftlich verpflichten, für die Einheitsliste zu stimmen. Aus dem Wahltag selbst machte die SED eine kontrollierte Inszenierung. Musikkapellen und Sprechchöre zogen schon am Morgen durch viele Orte und propagierten eine „offene Stimmabgabe“, also ohne Wahlkabine. „Schlepper“ klingelten bei Wahlberechtigten, die bis zum Mittag nicht im Wahllokal erschienen waren. Letztlich blieb der Mehrheit der DDR-Bevölkerung nichts übrig als den Zettel zu falten und in die Wahlurne zu stecken. Nein-Stimmen waren nicht vorgesehen. Natürlich musste nicht jeder genötigt werden, seine Stimme abzugeben. Das Ziel des Aufbaus eines

besseren, konsequent antifaschistischen deutschen Staates verschaffte der neugegründeten DDR durchaus eine gewisse moralische Legitimation. Die offiziell ausgewiesene Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent und der Anteil von lediglich 0,28 Prozent ungültigen Stimmen gaukelten allerdings ein viel zu konformes Bild von der DDR-Gesellschaft vor – denn diese Zahlen kamen nur durch Wahlfälschung zustande. Angesichts dieser demütigenden Erfahrung war es nahe liegend, dass die Forderung nach „geheimen und freien Wahlen“ am 17. Juni 1953 sehr weit verbreitet war. Wenngleich darin nicht nur ein Wunsch nach Demokratie, sondern die Hoffnung auf ein wiedervereinigtes Deutschland zum Ausdruck kam.

### **Konfliktfeld Betrieb**

Eine weitere mittelfristige Ursache des Aufstands lag in ungelösten Konflikten in Industrie und Baubetrieben. Der Streit um Löhne und Normen, dem eine zentrale Rolle beim Zustandekommen des Aufstands zukam, hatte eine längere Vorgeschichte. In dem Maße, wie die schwersten Folgen des Krieges überwunden waren, rückte die Frage der Effektivität der Produktion wieder stärker in den Blickpunkt. Allerdings zeigte sich, dass Leistungszwang in „volkseigenen Betrieben“ (VEB) – 1949 befand sich bereits die Hälfte aller

Produktionsmittel in der DDR in „Volkseigentum“ – nicht so einfach durchzusetzen war. Eine Angleichung der Arbeitsnormen an die tatsächliche Produktivität, wie sie die Wirtschaftsfunktionäre der VEB anstrebten, stieß auf Widerstand der Arbeiter, der hartnäckiger als erwartet ausfiel. Aus ideologischer Sicht hatte die SED die Hoffnung gehegt, dass sich bei den Arbeitern ein neues Bewusstsein bzw. eine sozialistische Arbeitsmoral einstellen würde. Sonderschichten von Aktivisten wie die des Bergmanns Adolf Hennecke, der im Jahr 1948 in einer Schicht eine Normerfüllung von 387 Prozent erreichte, fanden jedoch nur in begrenztem Maße Nachahmung. Seine unter idealen Bedingungen vollbrachte „Heldentat“ war ohnehin nicht auf den Produktionsalltag übertragbar. Die Mehrheit der Arbeiter versuchte, die Normen möglichst beizubehalten, um diese dann zu überbieten und Prämien einstreichen zu können – was angesichts der immer noch schwierigen Versorgungslage durchaus verständlich war, aber das System der 1948 eingeführten Planwirtschaft in Frage stellte, denn die Lohnsumme pro Betrieb war begrenzt. Um möglichst unanfechtbare Argumente an die Hand zu bekommen, wurden ab 1951 schrittweise technisch begründete Arbeitsnormen (TAN) eingeführt. Speziell ausgebildete Mitarbeiter kamen in die Betriebe und

ermittelten wissenschaftlich exakt neue Normen. Das sorgte oftmals für Unmut. Das sich über Jahre hinziehende Ringen um die Normen wurde in der westdeutschen Propaganda teilweise als Ausdruck eines überzogenen Leistungsdrucks der SED dargestellt. Die Arbeitsnormen waren allerdings unter den widrigen Produktionsbedingungen in den ersten Nachkriegsjahren relativ niedrig gewesen, weshalb im Zuge der Normalisierung eine Anpassung ökonomisch in vielen Fällen durchaus gerechtfertigt gewesen wäre. Dass sich die Lösung des Problems so schwierig gestaltete, war ein unvorhergesehener Nebeneffekt des Aufbaus der Diktatur. Während in der Marktwirtschaft in solchen Situationen die Gewerkschaften aktiv werden und mit den Unternehmern einen Kompromiss aushandeln konnten, hatte die SED diesen Modus der Konfliktlösung beseitigt. Durch die Abschaffung der Tarifautonomie spielten die Gewerkschaften keine Rolle mehr und Lohnkonflikte wurden automatisch politisiert. Die nach sowjetischem Vorbild eingeführten Betriebskollektivverträge (BKV) – in denen genau aufgeschlüsselt wurde, wie der Plan zu erfüllen war – stießen teilweise auf heftige Ablehnung. Vor allem die anfangs darin enthaltenen Regelungen zu Lohnfragen führten zu betrieblichen Auseinandersetzungen und kleineren Streiks. Formal waren Streiks in der DDR noch bis

1968 durch die Verfassung erlaubt. Praktisch wurden sie jedoch als „Vorkommnisse“ behandelt, nicht selten vertuscht. Wortführer mussten Repressionen befürchten. Dennoch kam es immer wieder zu Streiks, die zumeist auf einen Betrieb beschränkt blieben. Ende 1952 kam es in mehreren Betrieben der DDR zu Arbeitsniederlegungen. Besonders groß war die Beteiligung an den Streiks in der Stadt Magdeburg, wo allein im Schwermaschinenbetrieb „Karl Liebknecht“ 2.000 Arbeiter streikten. Anlass des Unmuts war, dass die Arbeiter die Neuregelung des Weihnachtsgeldes als ungerecht empfanden. Während ihre Prämie nach Leistung berechnet werden sollte und für manche Arbeiter nur gering ausfiel, sollten Funktionäre eine Jahresendprämie in Höhe eines zusätzlichen Monatsgehaltes bekommen. Interessant ist, dass der Streik im „Karl-Liebknecht-Werk“ von Arbeitern ausging, die überdurchschnittlich hohe Löhne bekamen, also nicht aus einer sozialen Notlage heraus handelten. Die Bauarbeiter der Stalinallee, die ein halbes Jahr später den Aufstand in der DDR auslösen sollten, gehörten ebenfalls zu den „Besserverdienenden“ unter den Arbeitern. Auch ein anderer Aspekt nahm bereits künftige Ereignisse vorweg: Ganz ähnlich wie ein halbes Jahr später bei den Streiks am 17. Juni 1953 nahmen die Magdeburger Arbeiter soziale

Ungerechtigkeit zum Anlass, um ihren grundsätzlichen Unmut gegenüber der Politik der SED artikulieren zu können.

### **Verordnete Aufrüstung**

Der Volksaufstand war der Kulminationspunkt einer gesamt gesellschaftlichen Krise der DDR. Ihren Beginn nahm diese Krise im Frühjahr 1952. Bereits seit einigen Jahren hatte der Kalte Krieg sowohl im westlichen als auch im östlichen Lager Feindbilder und verzerrte Wahrnehmungen erzeugt und verstärkt, mit gravierenden Folgen für die Weltpolitik. Ein Beispiel hierfür lieferte die sowjetische Führung, welche die Bemühungen westlicher Staaten, unter Einbeziehung der Bundesrepublik eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu bilden, als Kriegsvorbereitungen interpretierte. Um die Verhandlungen noch in letzter Minute aufzuhalten, formulierte Stalin im März 1952 eine diplomatische Note, in welcher er Friedensverhandlungen und ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland in Aussicht stellte. Als diese und weitere diplomatische Offerten ohne positive Reaktion seitens der Westmächte blieben, entschloss sich der Kreml zur endgültigen Abschottung der DDR, die fortan als westlichste Bastion des eigenen Herrschaftsbereiches ausgebaut

werden sollte. Hinsichtlich der konkreten Ausführung dieses Unterfangens erteilte Stalin der SED-Führung Anfang April 1952 in Moskau genaue Anweisungen. Die DDR sollte eine Armee mit drei Teilstreitkräften aufbauen. Zugleich ordnete Stalin eine rigorose Grenzziehung zur Bundesrepublik an. 25.000 Grenzpolizisten sollten an der bisherigen grünen Grenze stationiert werden. Die Grenztruppen wurden dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellt. Insgesamt wurde ein Streifen von fünf Kilometern zum Grenzgebiet erklärt. Tausende Bewohner, die als potenzielles Sicherheitsrisiko galten, mussten im Zuge einer Nacht und Nebelaktion ihre Häuser und Höfe verlassen und wurden zwangsumgesiedelt. Die im Grenzgebiet Verbliebenen bekamen demgegenüber materielle Vergünstigungen: Es gab höhere Löhne, bessere Lebensmittelversorgung und ein niedrigeres Pflichtablieferungssoll für die Bauern. Im Zuge der forcierten Abgrenzung von Westdeutschland verstärkte sich auch die kirchenfeindliche Politik der SED. Die evangelische „junge Gemeinde“ wurde als staatsfeindliche Organisation bekämpft, christliche Oberschüler und Studenten relegiert, widerständige Pfarrer inhaftiert. Zugleich trat die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), die zunächst als Sammelbewegung für alle Jugendlichen in der Sowjetischen Besatzungszone gegründet worden war,

zunehmend militanter in Erscheinung. Neu gegründete Organisationen wie die „Gesellschaft für Sport und Technik“ sollten die Jugendlichen mit attraktiven Angeboten wie Motorsport anlocken und an das Militär heranzuführen. Nicht zuletzt zur Bewältigung der militärischen Neubauvorhaben wurde ein „Dienst für Deutschland“ gegründet, in dem Jugendliche einen Arbeitsdienst ableisten sollten. Mit der Remilitarisierung des Alltags setzte die SED ein deutliches Signal, dass es mit dem Pazifismus der Nachkriegsjahre endgültig vorbei war. Für die Aufstockung der Kasernierten Volkspolizei warb man mit einem Sold, der erheblich höher war als der Monatslohn eines Facharbeiters. Eine Folge war, dass 60.000 Rekruten als Arbeitskräfte in der Produktion fehlten – auch ein Faktor, der zur Krise der DDR 1952/53 beitrug. Insgesamt betrug die Mehrausgaben für Bauprojekte, Personalkosten und Waffen im Jahr 1953 1,4 Milliarden Mark, das waren rund fünf Prozent des Staatshaushaltes. Die Kurzfristigkeit des Rüstungsprogramms brachte die Planwirtschaft der DDR an ihre Grenzen. Stalin sah dieses Problem, und machte der SED Führung klar, dass Einsparungen im sozialen Bereich unumgänglich wären.

## **Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse**

Es wäre jedoch zu einfach, die innenpolitische Krise der DDR 1952/53 allein den sowjetischen Rüstungsaufgaben, die eine Reaktion auf die Verhärtung der mitteleuropäischen „Front“ des Kalten Krieges waren, anzulasten. Auch die SED-Führung trug dazu bei. Deren Generalsekretär, Walter Ulbricht, interpretierte die offenbar unvermeidbare Integration der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungsbündnis als Chance, um im Osten Deutschlands unverhohlen die „Diktatur des Proletariats“, die genau besehen eine Diktatur der Staatspartei SED war, zu errichten. Offiziell gab er dies auf der II. Parteikonferenz der SED kund, die vom 9. bis 12. Juli 1952 in der Berliner „Werner-Seelenbinder Halle“ stattfand. Die Konferenz verfolgte zum einen das pragmatische Ziel, die enormen zusätzlichen Belastungen durch die Aufrüstung zu meistern. Zugleich rief die SED aus ideologischen Gründen eine Verschärfung des Klassenkampfes aus. Zwar versuchte Walter Ulbricht in seiner Rede den Eindruck zu erwecken, als käme er dem Wunsch des Volkes nach, jetzt beschleunigt den Sozialismus aufzubauen. In Wirklichkeit war es die revolutionäre Ungeduld der kommunistischen Staatslenker, die glaubten, ihre Chance sei gekommen, um in der DDR eine rasche Angleichung an sowjetische Verhältnisse zu erreichen. Im Lichte der Lehre von Marx,

wonach das Privateigentum an Produktionsmitteln die Wurzel aller gesellschaftlichen Übel darstellte, erschienen die zu dieser Zeit in der DDR in manchen Branchen noch relativ stark vertretenen Privatunternehmer als objektive Feinde der Gesellschaft. Nach der II. Parteikonferenz wurden sie in gezielten Aktionen kriminalisiert. Kleinere Steuervergehen, nicht erfüllte Ablieferungsaufgaben oder andere Unregelmäßigkeiten nahm die Staatsmacht zum Anlass, tausende private Großhändler, Fuhrunternehmer, Mühlenbetreiber, Hotelbesitzer und Gastwirte zu enteignen. So wurde der Inhaber einer Keks und Zuckerwarenfabrik in Halle wegen Beiseiteschaffen von 25 Kilogramm Butter und 25 Kilogramm Zucker zu drei Jahren Haft und Vermögensentziehung verurteilt. Nachdem im Spätherbst 1952 eine Polizeiaktion zur Liquidierung des privaten Großhandels durchgeführt wurde, startete die Staatsmacht im Februar 1953 eine groß angelegte Kontrollaktion an der Ostseeküste. Von 700 betroffenen Hotels, Pensionen und anderen Privatbetrieben wurden etwa 90 Prozent beschlagnahmt, hunderte Eigentümer kamen in Haft. Die von scharfer Propaganda begleitete Repression trieb die Zahl der Flüchtlinge im Frühjahr 1953 in die Höhe, und sie trug zur Überfüllung der Gefängnisse bei. Die Zahl der privaten Unternehmen sank binnen eines halben Jahres um

zehn Prozent, womit Zulieferer für die Industrie und Produzenten von Konsumgütern ausfielen. Wie Industrie und Handel sollte auch die Landwirtschaft ab 1952 nach sowjetischem Vorbild umgestaltet werden. SED-Funktionäre bewegten Klein und Mittelbauern dazu, den sowjetischen Kolchosen ähnelnde Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) zu gründen. Das geschah durch politischen Druck, aber auch durch Locken mit materiellen Vergünstigungen. Dafür gab die SED außerplanmäßig 1,5 Milliarden Mark aus. Bis Ende Mai 1953 schlossen sich mehr als 8000 bäuerliche Privatbetriebe einer LPG an. Großbauern waren von der LPG-Bildung nicht nur ausgeschlossen, sie wurden als „objektive Feinde“ bekämpft. Auf Grundlage einer Verordnung vom Februar 1953, die festlegte, dass Bauern wegen angeblicher Ablieferungs- und Steuerrückstände mit Gefängnis bestraft und enteignet werden konnten, verloren zahlreiche Einzelbauern ihre Höfe und kamen in Untersuchungshaft. Angesichts des harten Vorgehens der Staatsmacht flohen im ersten Halbjahr 1953 mehr als zehntausend Bauern aus der DDR. Welches Klima der Angst und der Willkür herrschte, illustriert das Beispiel eines Bauern aus dem Bezirk Halle, der zwar immer sein Soll erfüllt hatte, bei dem ein Kontrolleur aber eine Zentrifuge ohne Plombe entdeckte.

Der Kontrolleur bot an, gegen Zahlung von 1.000 Mark zu schweigen. Der Bauer ging darauf nicht ein und floh panisch in den Westen. Aus der ideologischen Perspektive der SED schritt die Schaffung neuer Produktionsverhältnisse auf dem Land seit 1952 gut voran. Die enteigneten Höfe gingen in Volkseigentum über. Die „Feinde“ der neuen Gesellschaft flohen in den Westen. Praktisch jedoch waren die eingesetzten Verwalter kaum in der Lage, die Felder zu bewirtschaften, sodass Mitte 1953 etwa 13 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach lagen.

### **Zentralisierung und Repression**

Der beschleunigte Aufbau des Sozialismus kam einer „Revolution von oben“ gleich. Dafür setzte die SED auch in administrativer Hinsicht tief greifende Änderungen in Gang. So wurden die fünf Länder aufgelöst und 14 Bezirke geschaffen (plus Berlin als DDR-Hauptstadt). Damit wurde das Land zentralisiert, die Verwaltungsbürokratie ausgeweitet und die SED-Herrschaft auch regional festgeschrieben, denn die Vorsitzenden der Räte der Bezirke waren nun stets Mitglieder der SED. Zugleich nutzte die SED die Entlassungen und Neueinstellungen für eine Vereinheitlichung der sozialistischen Dienstklassen. Das zeigte sich etwa in der Justiz. Hier wurden bei der Schaffung

der Bezirksgerichte zehn Prozent der Richter nicht wieder eingestellt. Zum Ausbau des Staatsapparates gehörte auch die personelle Aufstockung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter verdoppelte sich binnen eines Jahres. Im Mai 1953 gab es fast 9.000 MfS-Mitarbeiter mit militärischem Dienstgrad. In jeder Bezirkshauptstadt entstand eine MfS-Bezirksverwaltung. Der Verfolgungsdruck nahm für jene Menschen, die als Feinde des sozialistischen Aufbaus angesehen wurden, deutlich zu. Bagatelldelikte wurden politisiert und brachten tausende Menschen für Kleinigkeiten vor Gericht. Mit dem neu geschaffenen „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ wurden kleinste Vergehen mit Gefängnisstrafen von einem bis fünf Jahren geahndet. Zur Anwendung kam dieses Gesetz zum Beispiel, wenn Arbeiter sich Material oder Werkzeuge aus Betrieben mit nach Hause nahmen oder in geringem Umfang Lebensmittel entwendeten. Das ging bis hin zu Extremfällen, bei denen der Diebstahl einer Weintraube aus einem offenen Eisenbahnwaggon mit Gefängnis bestraft wurde. Ziel solcher politischen Willkür war es, ein sozialistisches Eigentümerbewusstsein bei den Arbeitern notfalls auch zu erzwingen. Zu den hart geahndeten Wirtschaftsstraftaten gehörten auch Verstöße gegen das „Gesetz zum Schutz des

innerdeutschen Handels“. Ein Messerschleifer aus Wittenberg beispielsweise, der in West-Berlin 4000 Rasierklingen und 12 Rasiermesser gekauft hatte, um sie in der DDR weiterzuverkaufen, hätte eigentlich fünf Jahre Zuchthausstrafe bekommen müssen. Er hatte Glück: Ein milder Richter verurteilte ihn nur zu fünf Monaten Haft. Ein Klima des Misstrauens schuf auch der Umgang mit Havarien, hinter denen die Staatssicherheit immer gleich Sabotage vermutete und die Arbeiter bei Verhören entsprechend bedrohte. Die verschärfte Politik der SED erweiterte den Kreis der aus der Gesellschaft Ausgeschlossenen erheblich. Zum einen stieg die Zahl der Häftlinge enorm an. Waren zur Zeit der II. Parteikonferenz rund 40.000 Menschen in der DDR inhaftiert, so stieg deren Zahl auf rund 66.000 im Mai 1953. Zum anderen erhöhte sich die Zahl derjenigen, welche die DDR in Richtung Westen verließen bzw. verlassen mussten, in erheblichem Maße. 1952 waren 181.000 DDR-Bürger geflüchtet, 1953 waren es 331.000, wobei das Maximum im Frühjahr 1953, also vor dem Volksaufstand lag.

### **Mangelversorgung als Politikum**

Eine in den Forderungskatalogen der Protestierenden des 17. Juni häufig angesprochene Problematik war die der

Lebensmittelversorgung und der Bereitstellung von Waren des täglichen Bedarfes. Während es in der Bundesrepublik ab 1950 und in Österreich ab 1952 keine Lebensmittelmarken mehr gab, regulierte die SED die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln weiter mit einem Zuteilungssystem. Endgültig abgeschafft wurden die Lebensmittelmarken in der DDR erst im Jahr 1958. War die Lage in der DDR also generell durch eine staatlich verwaltete Mangelversorgung gekennzeichnet, kam es Ende 1952, Anfang 1953 zu einer nochmaligen Zuspitzung der Situation. Da für gab es ein ganzes Bündel von Ursachen: Neben bereits genannten wie der nicht im Fünfjahrplan vorgesehenen Aufrüstung sowie dem verschärften „Klassenkampf“ gegen Unternehmer, private Großhändler und Großbauern sind weitere anzuführen: Die II. Parteikonferenz hatte auf Förderung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumgüterproduktion orientiert; das verschärfte die Versorgungskrise. Auch die Umgestaltung auf dem Lande wirkte sich eher kontraproduktiv aus, in den neu gegründeten Genossenschaften blieb die Arbeitsproduktivität trotz staatlicher Unterstützung oft gering. Ebenso blieb die Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben trotz verstärkter Propaganda hinter den Erwartungen der SED zurück. Um davon abzulenken, dass

sie die Versorgungskrise selbst verschuldet hatte, bestrafte die SED einzelne Politiker als Sündenböcke. Prominentestes Opfer war der liberaldemokratische Politiker Karl Hamann, der als Minister für Handel und Versorgung der Sabotage bezichtigt und im Dezember 1952 verhaftet wurde. Hamann wurde 1954 in einem Schauprozess zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1956 begnadigt und floh nach seiner Haftentlassung in die Bundesrepublik. Eine Verbesserung der Versorgung konnten solche symbolischen Bestrafungen nicht bewirken, im Gegenteil. Stellenweise konnte nicht einmal die Grundversorgung über Lebensmittelmarken gewährleistet werden. So wurde im Notfall statt Butter Margarine ausgegeben, und wenn kein Fleisch vorhanden war, gab es Eier. Zum anderen stiegen die Preise für frei verkäufliche Lebensmittel in den Läden der Handelsorganisation (HO) an. In diesen staatlichen Geschäften galten zum Teil noch die Preise des Schwarzmarktes der Nachkriegszeit. Man kann sich vorstellen, welche Reaktionen es in der Bevölkerung auslöste, wenn diese ohnehin sehr hohen Preise nun also für einige Waren noch etwas angehoben wurden. Auch wurde für manche Lebensmittel, zum Beispiel Butter und Zucker, die frei verkäufliche Menge begrenzt. Um kein falsches Bild entstehen zu lassen: Es herrschte 1952/53

keine Hungersnot in der DDR. Der Butterverbrauch betrug etwa 80 Prozent des Butterverbrauchs von 1936, der Margarineverbrauch lag doppelt so hoch, insgesamt gab es nicht nur hinsichtlich der Fettmenge genug zum Sattwerden – wenn auch oft nicht in der gewünschten Qualität. Entscheidend war etwas anderes: Die relative Butterknappheit, der gestiegene Marmeladepreis und anderes wurden angesichts einer Regierung, die ständig Wohlstand und ein besseres Leben versprach, zum Politikum. Verschlimmernd kam hinzu, dass die SED bald nicht ein mal mehr zu den eigenen Worten stand. Und das in jenem Teil Deutschlands, das besonders hohe Ansprüche an die Moral der „Obrigkeit“ stellte. Noch im Dezember 1952 hatte die SED-Führung versichert, es werde keine Preiserhöhungen geben. Zwei Monate später rief sie einen „Feldzug für strengere Sparsamkeit“ aus. Im Zuge dieses Sparprogramms wurden kaskadenartig die Preise für Textilien und Schuhe, Schnaps, Kunsthonig und Marmelade erhöht. Und nicht nur für in den HO-Läden frei verkäufliche Waren stiegen die Preise, auch die Kartenpreise stiegen, so für Fleisch und Wurst um 10 bis 15 Prozent. Der Sparsamkeits-Feldzug zielte einerseits auf eine Effektivitätssteigerung der Produktion ab, richtete sich andererseits vor allem gegen die Mittelschicht, die

überdurchschnittlich stark zur Kasse gebeten werden sollte. Das zeigte sich in den folgenden Wochen und Monaten, als Einkommens und Handwerkersteuern erhöht, Freiberuflern, Selbständigen und Großbauern die Lebensmittelkarten entzogen und Angehörigen der Intelligenz die Sonderzuteilungen von Konsumgütern gestrichen wurden. Selbstständige wurden aus der allgemeinen Kranken und Sozialversicherung ausgeschlossen. Arbeiter waren weniger betroffen, allerdings fiel für Pendler die bisherige Ermäßigung für Arbeiterrückfahrkarten weg.

# Die revolutionäre Situation

Alle geschilderten Konfliktfelder trugen dazu bei, die Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung zu steigern, und können als tiefere Ursachen für die Revolte angesehen werden. Aber sie allein bewirkten keine größere Häufigkeit von Auflehnung und Protest, und erst recht keinen Aufstand. Zu stark war die Repression, zu gering die Erfolgschancen von Widerstand. Stattdessen stieg lediglich im Frühjahr 1953 die Zahl der Flüchtlinge, die das Land in Richtung Westen verließen, rapide an. Der unterschwellige Unmut brauchte einen zusätzlichen Auslöser, eine plötzliche, überraschende Wendung, um sich in Aktionen zu manifestieren. Hierzu gab wiederum, wie schon zu Beginn der Krise 1952, ein außenpolitischer Impuls aus der Sowjetunion den Ausschlag. Am 5. März 1953 war Josef Stalin gestorben, in der Folgezeit regierte in Moskau eine kollektive Führung, deren Mitglieder im Mai 1953 mit den Folgen des „beschleunigten Aufbaus des Sozialismus“ in der DDR konfrontiert wurden. Insbesondere ein Bericht der sowjetischen Kontrollkommission aus Ost-Berlin, dass als Folge einer überzogenen und übereilten Politik der SED allein im ersten Quartal 1953 über 300.000 DDR-Bürger in den Westen geflohen seien, ließ bei der Moskauer Führung

die Alarmglocken läuten. Umgehend beriet man in Moskau darüber, wie die Situation in der DDR verändert werden könnte. Während die SED noch ahnungslos ihre Politik fortsetzte und eine allgemeine Erhöhung der Arbeitsnormen um rund 10 Prozent verfügte, die ausgerechnet am 60. Geburtstag von Walter Ulbricht am 30. Juni 1953 in Kraft treten sollte, bereitete die sowjetische Führung eine radikale Kurswende vor. Es muss ein Schock gewesen sein für die Anfang Juni kurzfristig nach Moskau beorderten DDR-Politiker Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Fred Oelßner, als ihnen von den sowjetischen Kommunisten die Revision nahezu aller Punkte ihrer jüngsten Politik in die Feder diktiert wurde. Zwar stellte die Moskauer Führung den Aufbau des Sozialismus nicht grundsätzlich in Frage, wohl aber das Tempo und die angewandten Methoden. Geheimdienstchef Lawrenti Berija versuchte, den SED-Funktionären mit einer historischen Parallele eine Brücke zu bauen. Anfang der 1920er-Jahre hatte Lenin durch die vorübergehende Zulassung privatwirtschaftlicher Elemente im Zuge der „Neuen Ökonomischen Politik“ einen Zusammenbruch der bolschewistischen Herrschaft verhindert. Nun sollte eine ähnliche Notbremsung die DDR retten. In die DDR zurückgekehrt, versuchte die SED-Führung, die befohlene Kursänderung so lange wie

möglich hinauszuzögern. Doch der ab Ende April 1953 für die DDR zuständige Hohe Kommissar Semjonow drängte die SED-Funktionäre. Gegenüber dem Chefredakteur der SED-Zeitung „Neues Deutschland“, Rudolf Herrnstadt, äußerte er lapidar: Wenn die SED noch 14 Tage warten würde, hätte sie vielleicht keinen Staat mehr. Und so blieb der SED-Führung nichts weiter übrig, als in einem am 11. Juni 1953 veröffentlichten „Kommuniqué“ nicht nur einzugestehen, dass sie Fehler gemacht hätte, sondern der er staunten Bevölkerung einen „Neuen Kurs“ in Aussicht zu stellen, der fast alles über den Haufen warf, was eben noch mit großer Härte durchgesetzt wurde. Versprochen wurden die Rücknahme von Steuer und Preiserhöhungen, die Überprüfung politischer Inhaftierungen, ein Ende der antikirchlichen Willkür, die Rückgabe konfiszierter Betriebe und Bauernwirtschaften und die rasche Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln. Insgesamt ergaben sich daraus vor allem für Bauern und Angehörige der Mittelschicht Vorteile. Die erst am 28. Mai 1953 beschlossene pauschale Erhöhung der Arbeitsnormen hingegen wurde nicht erwähnt. Bestehen blieb auch die damit zusammenhängende Änderung des Arbeitsgesetzes, wodurch nun erlaubt war, dass Normerhöhungen zu Lohnverlusten führen konnten. Das „Kommuniqué“ der SED-

Führung schien darüber hinaus auch eine neue Zukunftsperspektive zu eröffnen: Der „Neue Kurs“ forderte die Einheit Deutschlands, ja er schien in letzter Konsequenz darauf hinauszulaufen. Das weckte Spekulationen über einen neuen deutschlandpolitischen Kurs der Sowjetunion. Andererseits trug die Kursänderung auch Züge einer Angleichung der SED-Politik an sowjetische Verhältnisse, denn auch in der Sowjetunion war zu dieser Zeit die einseitige Förderung der Schwerindustrie abgemildert worden, um mehr Konsumgüter produzieren zu können. Hinter den Kulissen hatte die Sowjetunion der DDR zudem noch eine Senkung der Rüstungskosten gewährt: Die Sollstärke der Armee wurde halbiert und Rüstungsprojekte gestrichen. Damit bekam die SED Spielraum zur wirtschaftlichen Gesundung. Ziel der Kurswendung war also eindeutig eine Beruhigung der Lage in der DDR. Aber das Gegenteil trat ein. Verwirrende Gerüchte kursierten: In Hohenmölsen beispielsweise wurde er zählt, Präsident Wilhelm Pieck sei beim Versuch, in die Schweiz zu fliehen, erschossen worden. In Klepzig hieß es, Pieck hätte eine Schussverletzung am Bein und befinde sich auf der Krim. In Zeitz glaubte man zu wissen, SED-Chef Walter Ulbricht sei zu rückgetreten. Arbeiter im Zug nach Leuna erzählten dem gegenüber, Otto Grotewohl hätte sich erschossen und

Walter Ulbricht sei in Haft. Eine tiefe Verunsicherung erfasste viele linientreue Kommunisten, die nicht verstanden, wieso ihnen jetzt die eigene Partei in den Rücken fiel. Schuldirektoren, die Mitglieder der Jungen Gemeinde von der Schule geworfen hatten, und sie jetzt zurück holen mussten, sahen ihre Autorität untergraben. Auch Verfechter von LPG-Gründungen fühlten sich verraten. Einige alte Sozialdemokraten hofften hingegen, dass eine Wiedenzulassung der SPD bevorstehen könnte. Gute Stimmung stellte sich bei Handwerkern, Händlern und anderen Kleinunternehmern ein, die wieder Lebensmittelkarten erhielten. Ambivalent reagierten die Arbeiter, die sich zwar auch freuten, dass einige Preiserhöhungen zurückgenommen wurden und dass sie wieder ermäßigte Fahrkarten bekamen. Aber zugleich regten sich insbesondere in den Betrieben zahlreiche Stimmen, die forderten, dass es nicht bei einem Zugeben von Fehlern bleiben dürfe, sondern dass man die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen müsse. Der „Neue Kurs“ sei nichts anderes als eine Bankrotterklärung der Regierung. Vereinzelt kam es zu Streiks, um gegen die Normerhöhungen, die praktisch eine Lohnsenkung bedeuteten, zu protestieren. Vielen blieb unverständlich:

Warum waren diese im Zuge des „Neuen Kurses“ nicht erwähnt worden?

# Initialzündung

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Unruhe, die vor allem unter Arbeitern in den Tagen nach der Verkündung des „Neuen Kurses“ entstand, ausgerechnet in einem Milieu kulminierte, das als privilegierter Teil der Arbeiterschaft der DDR galt: Bei den überdurchschnittlich gut bezahlten Bauarbeitern in der Berliner Stalinallee, einer Prestige-Baustelle der SED-Führung. Wie konnte es dazu kommen?

## **Bauarbeiter in Aufruhr**

Keimzelle der Revolte waren die benachbarten Baustellen der Stalinallee und des Krankenhauses Friedrichshain in der DDR Hauptstadt Berlin. Die Arbeiter auf beiden Baustellen gehörten zum gleichen Baubetrieb. Zunächst gab es Unruhe in der Stalinallee. Auf einer Belegschaftsversammlung sollten sich die Bauarbeiter verpflichten, freiwillig ihre Norm um zehn Prozent zu erhöhen. Das löste heftige Proteste aus. Dass der Protest ausgerechnet hier so heftig war, kann daran gelegen haben, dass die relativ hohen Löhne dieser Bauarbeiter von den Normerhöhungen prozentual besonders stark betroffen waren. Durch eine gleichzeitige Herabstufung des Stundenlohns drohten insgesamt Lohneinbußen von etwa 20 bis 25 Prozent. Proteste gegen

Normerhöhungen gab es allerdings in den Tagen nach dem 11. Juni 1953 auch in anderen Betrieben in der DDR. Nur wurden diese durch lokale Funktionäre beschwichtigt, ohne größere Wellen zu schlagen, während die Situation in Berlin eine besondere war. Die räumliche Nähe zur Regierung löste eine massive Reaktion der Staatsmacht aus. Eilig fuhren Limousinen mit SED-Funktionären vor und versuchten, die Bauarbeiter zu beruhigen. Sie versprachen, sich bei der Regierung für die Rücknahme der Normerhöhung einzusetzen. Der 12. Juni 1953 war ein Freitag, die Funktionäre hofften wohl auch, dass sich die Wogen über das Wochenende glätten würden. Dass es sich hier bei um eine trügerische Hoffnung handelte, zeigte sich bereits auf einer gemeinsamen Dampferfahrt mehrerer Baubrigaden am Sonntag, bei der die Parole skandiert wurde, am folgenden Montag, dem 15. Juni, würde gestreikt. Und so begann der Montag zwar nicht an der Stalinallee, aber auf der benachbarten Baustelle des Krankenhauses Friedrichshain tatsächlich mit einem Sitzstreik. Die Arbeiter beschlossen, eine Delegation zur Regierung zu schicken und eine Rücknahme der Normerhöhung zu verlangen. Funktionäre von Partei und Gewerkschaft schalteten sich ein, um die Proteste unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie formulierten eine Resolution, welche im Kern die

Gleichbehandlung aller sozialen Schichten forderte: Der „Neue Kurs“ hatte die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums an republikflüchtige Gewerbetreibende und Großbauern eingeleitet. Analog dazu wollten die Arbeiter auch ein Zugeständnis in Form der bisherigen Normen. Der erste Entwurf, welcher der Regierung eine Entscheidungsfrist von vier Tagen eingeräumt hatte, wurde von den Arbeitern aber ebenso abgelehnt wie das darin enthaltene Wort „bitten“. Die Endversion der Resolution, die von einer Delegation zum Regierungschef Grotewohl gebracht wurde, setzte nur noch eine Frist von einem Tag, und es hieß darin selbstbewusst: „Wir fordern“. Schon zu diesem Zeitpunkt sprachen die Bauarbeiter am Krankenhaus Friedrichshain nicht mehr nur für sich allein. Durchschriften der Resolution kursierten auf der Stalinallee und in anderen Betrieben in Berlin. Zudem berichtete der Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS) am Abend über die Proteste der Bauarbeiter, sodass Informationen über die Berliner Ereignisse erstmals auch in weiten Teilen der DDR bekannt wurden, wenngleich zu diesem Zeitpunkt noch niemand ahnte, welche Dimensionen der Streik annehmen würde.

## **Arroganz der Macht**

Der von der Resolution der Bauarbeiter überraschte Otto Grotewohl hatte offenbar geglaubt, der Protest würde im Sande verlaufen, wenn er ihn ignorierte. Statt einer Antwort von der Regierung bekamen die Arbeiter am Krankenhaus Friedrichshain am Morgen des 16. Juni lediglich einen Artikel der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ auf den Tisch, der die Normerhöhungen recht fertigte. Heftige Diskussionen waren die Folge, und die Bereitschaft zum Streik vergrößerte sich von Minute zu Minute. Gleichzeitig hatte sich an jenem Tag in der Stalinallee ein Demonstrationzug von etwa 80 Arbeitern gebildet, der mit dem Transparent „Wir Bauarbeiter fordern die Senkung der Normen“ durch die Stalinallee zog und binnen einer Stunde auf 2.000 Demonstranten anwuchs. Durch Fahrrad und Motorradfahrer verbreitete sich die Nachricht von dem Protestmarsch rasch, und gegen 13.30 Uhr erreichte die Spitze eines Demonstrationzuges von inzwischen zehntausend Arbeitern den direkt an der Sektorengrenze nahe des Potsdamer Platzes gelegenen Sitz der DDR Regierung, das Haus der Ministerien. Die Menschenmenge verlangte Walter Ulbricht persönlich zu sprechen – vergeblich. Die SED-Führung glaubte zu diesem Zeitpunkt noch, die Proteste würden sich legen, wenn man die Hauptforderung der Bauarbeiter erfüllte, und so nahm

das SED Politbüro bereits am Vormittag des 16. Juni 1953 die Normerhöhung zurück. Ab Mittag gab der DDR-Rundfunk bekannt, dass Politbüro der SED schlage der Regierung vor, den Beschluss zurückzunehmen, da er „völlig falsch“ gewesen sei. Da in der DDR die Regierung der Partei praktisch untergeordnet war, bedeutete das die Rückkehr zu den bisherigen Normen. Viele Demonstranten stellten inzwischen aber schon das Herrschaftsverhältnis an sich in Frage. Ihnen ging es nicht mehr um einzelne Problemlösungen, in ihren Augen hatte die gesamte Führungsriege abgewirtschaftet. Das bekam der Minister für Hüttenwesen und Bergbau, Fritz Selbmann, zu spüren, der sich stellvertretend für die SED-Führung vor dem Haus der Ministerien auf einen Tisch stellte und zu den Demonstranten sprach. Seine Worte lösten unter den Demonstranten Unmut aus. Er wurde vom Tisch gezogen, andere Demonstranten stiegen auf den Tisch und riefen Forderungen wie: „Freie und geheime Wahlen!“ Wenn sich Grotewohl und Ulbricht nicht zeigten, dann sollte eben am nächsten Tag ein Generalstreik durchgeführt werden. Der Protest vor dem Haus der Ministerien war ein Wendepunkt. Spätestens hier schien den Demonstranten ein radikaler Wechsel der Verhältnisse, eine Revolution in greifbare Nähe gerückt zu sein. Ganz in diesem Sinne kam der britische

Stadtkommandant zu folgender Einschätzung: „Die schwachen Bemühungen von DDR-Ministern, die Demonstranten zu beschwichtigen, sowie das bis zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise erfolgende Einschreiten der Volkspolizei haben die Menge zweifellos ermutigt und können bei den seit den letzten 20 Jahren nicht an freie, öffentliche Demonstrationen gewöhnten Menschen durch aus großartige Visionen ausgelöst haben“, hieß es in einem Telegramm an das Außenministerium in London. Während die Demonstranten am späten Nachmittag des 16. Juni 1953 vom Haus der Ministerien zurückkehrten, fuhren mehrere Lautsprecherwagen der Regierung durch die Stadt, um die Rücknahme der Normerhöhung durch die SED bekannt zu geben. Einige wurden von Demonstranten gekapert und umfunktioniert; sie riefen nun zum Generalstreik auf. Bis in die späten Abendstunden ebten die Demonstrationen und Unruhen in der DDR-Hauptstadt nicht ab. Demonstranten warfen an mehreren Stellen der Sektorengrenze die Schilder und Befestigungen um. Die Vorhalle des Bahnhofs Alexanderplatz wurde demoliert, und es kam zu Prügeleien und Straßenkämpfen mit der Polizei. Vor dem Gefängnis in der Barnim-Straße forderten ca. 800 Demonstranten die Freilassung politischer Gefangener. Vielleicht noch wichtiger für die Verstärkung der

revolutionären Unruhe waren Diskussionsgruppen, die an vielen Stellen der Stadt bis spät in den Abend zusammenstanden: „Es wird nicht getuschelt. Niemand hält es für nötig, die Stimme zu senken. Man kann reden, die Furcht ist aus den Herzen gewichen. Der beglückende Rausch, frei zu sein, verscheucht den Schlaf aus den Augen“, beschrieb Klaus Harpprecht die Stimmung in Ost-Berlin am Abend des 16. Juni. Zur gleichen Zeit tagte im Friedrichstadtpalast das Berliner Parteiaktiv. Fast die gesamte SED-Spitze war anwesend. Ulbricht und Grotewohl erläuterten, ohne näher auf die Unruhen in der Stadt einzugehen, den „Neuen Kurs“ und erweckten den Eindruck, dass sie sich vom „Mob“ der Straße nicht unter Druck setzen lassen würden. Nichtsdestotrotz hatte Walter Ulbricht bereits am Nachmittag des 16. Juni versucht, der deutschen Volkspolizei einen Schießbefehl zu erteilen. Dies war jedoch am Veto der Moskauer Führung gescheitert, welche die Lage offenbar als nicht so dramatisch einschätzte, dass sie ein Blutvergießen mit unvorhersehbaren außenpolitischen Folgen riskieren wollte. Und so waren die Ost-Berliner Polizisten am Morgen des folgenden Tages, als sich mächtige Demonstrationzüge formierten, nur mit Knüppeln ausgerüstet, was dazu führte, dass ihre Kordons von den Massen förmlich überrannt wurden.

# Der 17. Juni in Berlin

Es wird geschätzt, dass sich am 17. Juni 1953 in Berlin etwa 150.000 Menschen am Aufstand beteiligten. Aus den drei Westsektoren der Stadt mischten sich etwa 10.000 Menschen unter die Demonstranten. Unter diesen waren Arbeitslose, aber auch viele DDR-Flüchtlinge. SED-Historiker sprachen angesichts der Beteiligung tausender West-Berliner von einem gezielten „Export der Konterrevolution“ und behaupteten beispielsweise: „Von Westberlin aus drangen Gruppen von Agenten und Provokateuren, Kolonnen von Banditen, die mit Handfeuerwaffen und Brandflaschen ausgerüstet waren, über die offene Grenze in die Hauptstadt ein [...] Durch Plünderungen, Brandstiftungen und Schießereien, durch Mordanschläge auf Funktionäre, durch Störungen von Verkehrs und Nachrichtenverbindungen sollten Gesellschaft und Staat desorganisiert werden.“ Wenngleich es Flugblattaktionen von West-Berliner antikommunistischen Organisationen wie der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ gegeben hat, und auch wenn davon auszugehen ist, dass an jenem Tag zahlreiche Agenten der verschiedensten Geheimdienste unterwegs waren, um Informationen zu sammeln – Drahtzieher der Proteste

waren sie wohl kaum. Viel mehr beklagte der bundesdeutsche Geheimdienst, die „Organisation Gehlen“, dass am 17. Juni der Kontakt zu den Quellen abbrach. Zudem kursierten bei der Organisation Gehlen völlig realitätsfremde Vermutungen über die Hintergründe des Aufstands. In einem Bericht wurde spekuliert, dass es sich bei den Demonstrationen zunächst um „von östlicher Seite inszenierte Aktionen“ gehandelt haben könnte, deren Ziel es war, die Wiedervereinigung ins Rollen zu bringen. Diese könnten dann „durch das Eingreifen unerwarteter Widerstandskräfte“ über den gewünschten Rahmen hinausgegangen sein. Andererseits scheint die Beteiligung der West-Berliner an gewalttätigen Aktionen, glaubt man DDR-Statistiken, recht groß gewesen zu sein. Von den 14 nachweisbaren Toten kamen 9 aus dem Westteil der Stadt. Der Aufstand hat möglicherweise eine gewisse Zahl gewaltbereiter West-Berliner angezogen. Die Hauptakteure waren jedoch die Bewohner Ost-Berlins. Sie kamen aus allen Stadtbezirken in langen Demonstrationssäulen in die Berliner Innenstadt. Einen besonderen Weg nahmen etwa 10.000 Arbeiter aus Hennigsdorf, die durch West-Berlin hindurch marschierten. Bereits um acht Uhr waren mehrere zehntausend Menschen vor dem Haus der Ministerien versammelt. Eine Leitung, eine Koordination des Aufstands

gab es in Berlin nicht. Die Demonstranten strömten durch die Magistralen, zertrümmerten SED-Propaganda. Einige kleinere Gebäude gingen in Flammen auf, so eine Baracke der Volkspolizei, Zeitungskioske und eine sowjetische Buchhandlung am Alexanderplatz. Gebäude von SED, FDJ und FDGB wurden gestürmt, Einsatzfahrzeuge der Volkspolizei und Regierungswagen umgestürzt. Das Columbushaus am Potsdamer Platz, eine Kaufhausruine, die im Erdgeschoss ein HO-Geschäft und im ersten Stock eine Polizeiwache beherbergte, wurde geplündert und am späten Nachmittag in Brand gesteckt. Etwa 3.000 Demonstranten belagerten die SED-Parteizentrale und warfen Fensterscheiben ein. Etwa zur gleichen Zeit demonstrierten etwa 50.000 Menschen am Marx-Engels-Platz. Sowjetische T34-Panzer und Panzerspähwagen trieben die Menge auseinander, es fielen erste Warnschüsse, die mit Steinwürfen beantwortet wurden. Auch am Haus der Ministerien kam es nun zum Einsatz von Panzern, um die drohende Erstürmung des Gebäudes zu verhindern. Bereits um 11 Uhr gab es einen blutigen Zwischenfall. Ein Jugendlicher wurde am Zeughaus von einem Panzer überrollt. Erschüttert errichteten Demonstranten an der Stelle ein Holzkreuz. Neueren Forschungen zufolge ist anzunehmen, dass sich der schwer verletzte Demonstrant in

ein Krankenhaus schleppen konnte und nicht verstarb. Am Strausberger Platz versammelten sich um 12.45 Uhr etwa 5.000 Menschen und forderten den Rücktritt der Regierung. 13 Uhr verhängte der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Kurz danach peitschten Maschinengewehrschüsse über den Potsdamer Platz. Die Menschen flüchteten panisch. Aber auch nach der Verhängung des Ausnahmezustands dauerten die Unruhen noch stundenlang an. Um 14 Uhr wurde das HO-Kaufhaus am Alexanderplatz gestürmt und verwüstet. Noch mehrfach bildeten sich Demonstrationen, die jedoch von Volkspolizei und Roter Armee, zum Teil durch Schusswaffeneinsatz, aufgelöst wurden. Ab 21 Uhr galt dann eine Ausgangssperre im sowjetischen Sektor Berlins.

### **Zur Rolle des RIAS**

Der in weiten Teilen der DDR empfangbare Radiosender aus dem amerikanischen Sektor Berlins spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Dynamik des Aufstands. Die Basis dafür legten bereits lange vor dem Aufstand Sendungen wie „Werktag der Zone“, die Einschaltquoten bis zu 80 Prozent erreichten und großen Einfluss auf die Arbeiterschaft der DDR besaßen. Der RIAS war in den 1950er Jahren das wichtigste Korrektiv zu den staatlich

kontrollierten Medien der DDR. Der von deutschen Redakteuren unter US-amerikanischer Kontrolle agierende Sender griff zum Beispiel Konfliktpunkte in DDR-Betrieben auf, insbesondere die Normenfrage, und rief zum Widerstand, indem er die Arbeiter zur Langsamarbeit ermunterte. Am Abend des 15. Juni 1953 berichtete der RIAS erstmals vom Streik der Ost-Berliner Bauarbeiter, und am folgenden Tag blieb der Sender dicht an den Ereignissen. Bereits am Morgen kommentierte der RIAS Proteste in einem Betrieb in Finsterwalde: „In allen Betrieben müssen jetzt Überprüfungen der Normerhöhung gefordert werden.“ Und während der DDR-Rundfunk die Rücknahme des Normenbeschlusses meldete, verbreitete der RIAS, von großer Begeisterung und Sympathie für die Streikenden getragen, Nachrichten über die Ausweitung der Proteste und gab die Forderungen der Streikenden wieder. Dadurch wurde auch bekannt, dass die Streikenden nicht mehr nur ökonomische Forderungen erhoben, sondern den Rücktritt der Regierung verlangten. Zwar ging der Sender nicht so weit, eine Abordnung von Streikenden, die am Nachmittag des 16. Juni im Funkhaus erschienen war, zur Verlesung ihrer Forderungen an das Mikrofon zu lassen. Als Kompromiss wurde aber ab 19.30 Uhr in jeder Nachrichtensendung eine etwas modifizierte Resolution

verlesen, die unter anderem freie und geheime Wahlen forderte. Anders als später von der SED behauptet, waren die Kommentare, die der RIAS ausstrahlte, keine aufputschenden Reden. Dafür sorgte der US-amerikanische Direktor Gordon Ewing, dem die Gefahr, durch eine offene Unterstützung des Aufstands in Ost-Berlin einen Dritten Weltkrieg auszulösen, durchaus bewusst war. Und so untersagte Direktor Ewing die Verwendung des Wortes „Generalstreik“ ebenso wie alle Aufforderungen zum Widerstand. Allerdings schöpften die RIASKommentatoren jenseits dieser Vorgabe ihren Handlungsspielraum voll aus. Programmdirektor Eberhard Schütz ermunterte die Demonstranten: „Macht Euch die Ungewissheit, die Unsicherheit der Funktionäre zunutze. Fordert das Mögliche“. Schütz hielt einen erfolgreichen Sturz der SED durchaus für realistisch. Eher Zurückhaltung empfahl der CDU-Politiker Jakob Kaiser. Dieser favorisierte eine Lösung auf dem Verhandlungsweg und bat die Ost-Berliner, sich „weder durch Not noch durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen zu lassen“. Große Wirkung hatte ein Gastkommentar des West-Berliner Gewerkschaftsfunktionärs Ernst Scharnowski, der am Morgen des 17. Juni 1953 ausgestrahlt wurde. Dieser forderte die Arbeiter in der DDR mit pathetischer Stimme

dazu auf, der Bewegung der Ost-Berliner Bauarbeiter beizutreten. Um das Wort „Generalstreik“ nicht zu benutzen, spielte Scharnowski auf die in den RIAS-Nachrichten verbreitete Meldung an, am Morgen des 17. Juni sei in Berlin eine Demonstration auf dem Strausberger Platz geplant. Sein Aufruf an die Menschen der DDR lautete: „Sucht Eure Strausberger Plätze überall auf. Je größer die Beteiligung ist, desto machtvoller und disziplinierter wird die Bewegung für Euch mit gutem Erfolg verlaufen.“ Zusätzlich zu den Kommentaren wirkte auch die permanente Berichterstattung des RIAS mobilisierend, sodass der Sender beschleunigend und verstärkend auf die Ereignisse wirkte. Allerdings muss auch klar gesagt werden: Die Ursachen des Aufstands lagen in der DDR selbst. Auf lokaler Ebene spielten zudem neben dem RIAS (und in manchen Gebieten dem Nordwestdeutschen Rundfunk) auch andere Medien eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Informationen. So wurde in Städten wie Bitterfeld und Görlitz der Stadtfunk besetzt und für Aufrufe benutzt. In anderen Städten schlug der Versuch, den Stadtfunk zu nutzen, fehl. So in Gera, wo Funktionäre die Sicherungen herausdrehten. In mehreren Städten wurden mit Lautsprechern ausgestattete Agitationsfahrzeuge gekapert und als Medium genutzt, so in Berlin und Halle. Auch im

thüringischen Weißensee rief ein Lautsprecherwagen dazu auf, sich dem Streik im benachbarten Sömmerda anzuschließen. In größeren Betrieben, zum Beispiel in Rostock und Wolfen, nutzten Streikkomitees den Betriebsfunk, um ihre Forderungen bekannt zu machen. Andernorts wurde das versucht, scheiterte aber an der entschlossenen Gegenwehr von Polizei und Funktionären, so beispielsweise in der Maxhütte Unterwellenborn. Ein Sonderfall war Dresden, wo die Proteste im Elektromaschinenbetrieb „Sachsenwerk“ Niedersedlitz begannen. Eine Delegation von 30 SED-Mitgliedern dieses Betriebes hatte zufällig am 16. Juni die Stalinallee in Berlin besucht und berichtete am Morgen des 17. Juni von der Demonstration der Bauarbeiter. Weniger die Nachricht selbst als eine über den Werkfunk übertragene Ansprache des Parteisekretärs, die die Politik der SED recht fertigte, löste bei vielen Arbeitern Empörung aus. In der Folge fand eine Protestversammlung im Werk statt, aus der sich ein Demonstrationzug formierte, der auf seinem Weg in die Innenstadt rasch anwuchs. Wie in Dresden kam es auch in anderen Orten durch Augen zeugen zum Weitertragen der Proteste. Dadurch griffen die Aktionen von Zentren des Aufstands auf kleinere Orte über. In der Region Görlitz trugen Pendler die Revolte in ihre Heimatstädte und -dörfer,

lösten Streiks und kleinere Demonstrationen aus, zerstörten Propagandalosungen, entwaffneten Polizisten und setzten Bürgermeister ab. Ähnlich pflanzte sich der Aufstand auch von Jena aus in die umliegenden Dörfer fort. So initiierten heimgekehrte Zeiss-Arbeiter in Zöllnitz Protestaktionen, an denen sich die übergroße Mehrheit der Einwohner beteiligte. Auch Streikzentren wie Bitterfeld und Leipzig strahlten in die Umgebung aus. In Delitzsch und Bad Dübren formierten Pendler am Nachmittag des 17. Juni Demonstrationenzüge und stürmten SED-Gebäude. Teilweise geschah das Weitertragen der Proteste mit einer gewissen Zeitverzögerung. So in Halberstadt und Wernigerode im Bezirk Magdeburg, wo es erst am 18. Juni zu größeren Streiks und Protestaktionen kam. Auch in Rothenburg im Kreis Niesky kam es erst am 18. Juni zu einer Kundgebung. Die Demonstranten forderten vor der Grenzkommandantur der KVP die Freilassung von Gefangenen und stürmten das Gebäude.

# Leipzig, Magdeburg: Protest ohne Führung

## **Leipzig, Magdeburg: Protest ohne Führung**

Wenngleich also dem RIAS eine wichtige Rolle bei der Synchronisierung der Proteste zukam, welche am 17. Juni in etwa 700 Städten und Gemeinden der DDR stattfanden, so handelte es sich doch in jeder Stadt und in jedem Dorf um spontane Protestbewegungen. In der Regel waren es Arbeiterdemonstrationen, die in peripheren Großbetrieben begannen und auf ihrem Weg in die Stadtzentren andere Bevölkerungsschichten mitrissen, sodass aus der Arbeiterrevolte rasch ein Volksaufstand wurde. In den Betrieben gelang zumeist noch die Formierung von „ordentlichen“ Marschkolonnen, es wurden Streikführer gewählt und Forderungen formuliert. Aber das schnelle Anwachsen der Menschenmenge erwies sich in den meisten Aufstandszentren als unbeherrschbar. Es gab keine staatsfeindlichen Organisationen, keine konterrevolutionären Netzwerke, die in der Lage gewesen wären, die Macht zu übernehmen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Aufstand in den meisten Orten über ein bloßes Aufbegehren, über eine wütende Revolte gegen

Symbole und Gebäude der Staatsmacht kaum hinaus kam. Die Ereignisse in Leipzig und Magdeburg verdeutlichen das.

### **Leipzig: Eine Großstadt in Aufruhr**

Die Revolte in Leipzig bewegte sich von einigen Vororten her ins Zentrum der Messestadt. Vor allem Bauarbeiter waren es, die sich mit ihren Berliner Kollegen solidarisch erklärten und Protestmärsche starteten. Lawinenartig wuchsen diese Demonstrationen an, zogen auf verschiedenen Wegen durch die Stadt, wichen der Volkspolizei aus, zerstreuten sich, um sich an anderer Stelle wieder zu sammeln. Funktionäre, die sich den Aufständischen entgegenstellten, wurden gezwungen, mitzumarschieren und Losungen der Demonstranten zu tragen. Immer wieder sangen die Menschen auf den Straßen das „Deutschlandlied“. Schon seit dem Vormittag fuhren Straßenbahnen mit politischen Parolen wie „Nieder mit Ulbricht“ durch die Stadt. Generell hatte der Tag, wie in anderen Städten auch, zunächst eher den heiteren Charakter eines Volksfestes. Mindestens 40.000 Menschen waren zur Mittagszeit auf den Straßen unterwegs, nicht gezählt die zahlreichen Sympathisanten. Es kursierte das Gerücht, auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) würde eine Großkundgebung stattfinden. Diese kam jedoch nicht zu stande. Auch die damals dort

aufgestellte Stalin-Statue blieb auf ihrem Sockel. Da die Besetzung des öffentlichen Raumes ohne ernsthafte Gegenwehr möglich war, wurden die Demonstranten bald aggressiver, gingen zur Belagerung der Machtzentralen über und drängten auf Freilassung politischer Häftlinge. Besetzt und teilweise zerstört wurde das Gebäude der FDJ in der Ritterstraße. Auch das Druckhaus der SED-Zeitung, das Gebäude des Mitteldeutschen Rundfunks, das Telegrafenamtsgebäude, das Gebäude des FDGB und viele Läden der Handelsorganisation (HO) wurden gestürmt und verwüstet. Ein Teil der Demonstranten versuchte, in die Untersuchungshaftanstalt in der Beethovenstraße einzudringen. Hier waren – gemäß der Ankündigungen des „Neuen Kurses“ – noch bis zum Mittag politische Häftlinge entlassen worden. Nun ramnten Demonstranten das Tor auf, wichen aber vor den im Hof hinter Sandsäcken verschanzten Sicherheitskräften wieder zurück. Eine Gefangenenbefreiung gelang nicht. Später versuchten Protestierende auch, den Gebäudekomplex, in dem sich die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit befand, zu stürmen. Nachdem ein Demonstrationzug zunächst friedlich vorüber gezogen war, versuchte eine Gruppe von Aufständischen am späten Nachmittag, von der Rückseite her auf das Gelände vorzudringen, was durch vehementen Schusswaffeneinsatz

verhindert wurde. Es gab mehrere Verletzte, ein Mann erlag am folgenden Tag seinen Verletzungen. Stundenlang belagert wurde das HO-Kaufhaus in der Petersstraße. Aus Unmut über die hohen Preise, das lückenhafte Angebot und die langen Warteschlangen forderten Demonstranten die sofortige Schließung. Am Nachmittag stürmten die Massen dann das Kaufhaus. Als Volkspolizisten die Menschen mit Schüssen zurücktrieben, wurden mehrere Menschen verletzt, eine unbeteiligte Passantin erlitt eine tödliche Schussverletzung. Auch das Gerichtsgebäude in der Nähe der Untersuchungshaftanstalt wurde von Demonstranten angegriffen. Nachdem diese in das Innere gelangt waren, setzte ein Zug der Polizei Schusswaffen ein. Wahrscheinlich bei diesen Auseinandersetzungen wurde ein junger Mann erschossen. Daraufhin formierte sich eine Demonstration. Wechselnde Träger brachten den Toten auf einer Trage zum Hauptbahnhof. Passanten warfen Blumen, die den Leichnam bedeckten, und riefen Verwünschungen wie: „Polizei – Arbeitermörder!“ Am Bahnhof beschlagnahmten sowjetische Militärs den Toten. Insgesamt wurden in Leipzig nachweislich 100 Demonstranten und 35 Polizisten verletzt. Mindestens vier Demonstranten und zwei weitere Personen erlitten tödliche Schussverletzungen, ein Aufständischer wurde in der Sowjetunion hingerichtet.

## **Magdeburg: Aufstand ohne Zentrum**

In Magdeburg begann der Aufstand in den großen Schwermaschinenbau-Betrieben im Südosten der Elbestadt. Dort fanden am Morgen des 17. Juni zunächst Belegschaftsversammlungen statt. Nahezu alle Beschäftigten traten in den Streik, formierten Demonstrationenzüge, die zu anderen Betrieben führten, sodass sich gegen Mittag mindestens 50.000 Menschen auf verschiedenen Wegen in die Innenstadt bewegten. Niemand vermochte es, diese Massen zu lenken. Kein überbetriebliches Streikkomitee wurde gewählt. Wie in Leipzig kam es auch zu keiner großen Kundgebung. Die Aktionen der Aufständischen richteten sich gegen die Propagandalosungen in der Stadt, gegen Funktionäre, die sich auf der Straße als solche zu erkennen gaben. Zahlreiche Gebäude der Staatsmacht wurden gestürmt, so die Kreisleitung und die Bezirksleitung der SED, der Rat des Bezirkes, die FDJ-Bezirksleitung sowie der FDGB-Bezirksvorstand. Einige Arbeiter drangen in das Gebäude der SED-Tageszeitung „Volksstimme“ ein und verprügelten Redaktionsmitglieder. Ein Teil der Demonstranten besetzte den Hauptbahnhof. Hier kam es bei der Einfahrt des Interzonenzuges zu euphorischen Verbrüderungsszenen von westdeutschen Reisenden und Demonstranten. Etwa gegen

Mittag konzentrierten sich die Proteste an einem Gebäudekomplex der Staatsmacht in Magdeburg-Sudenburg, wo sich die Untersuchungshaftanstalt und das Gefängnis des MfS, das Bezirksgericht sowie die Bezirksbehörde der Volkspolizei befanden. Im Zuge der Belagerung entwaffneten die Aufständischen einige Polizisten und erstürmten die Polizeizentrale und das Gericht. Tausende Gerichtsakten wurden aus den Fenstern geworfen und gingen in Flammen auf. Die Belagerung der Strafvollzugsanstalt und der Schusswaffeneinsatz von beiden Seiten schufen eine nahezu bürgerkriegsähnliche Situation. Erst das Eingreifen sowjetischer Truppen beendete die Revolte. Versehentlich erschoss dabei ein sowjetischer Soldat einen FDJ-Funktionär. Der Aufstand hatte die Staatsmacht für Stunden gelähmt, im Schutz des Ausnahmezustands ergriff sie sofort wieder die Initiative. Hunderte Aufständische wurden von mobilen Einsatzkommandos verhaftet. Die Beteiligten an der Gefängnisbelagerung in Magdeburg-Sudenburg überstellten die deutschen Sicherheitsorgane der sowjetischen Besatzungsmacht. Bereits am 18. Juni 1953 machten Plakate in ganz Magdeburg bekannt, dass zwei Einwohner „wegen der Teilnahme an banditischen Handlungen“ stand rechtlich

erschossen wurden. In Magdeburg starben am 17. Juni mindestens sechs Menschen, wobei neben zwei Demonstranten auch vier Vertreter der Staatsmacht zu Tode kamen. Dazu trug bei, dass einige Aufständische Waffen erbeutet hatten – das war ausgesprochen untypisch für den Volksaufstand.

# Bitterfeld, Görlitz: Machtwechsel für Stunden

Nicht überall ging es so unkoordiniert zu wie in Berlin, Leipzig oder Magdeburg. In vielen Orten gab es am Morgen des 17. Juni, als Arbeiter spontan in den Streik traten und wenig später zu Tausenden in die Innenstädte zogen, Bemühungen um eine organisatorische Formierung des Protestes. In Halle an der Saale zum Beispiel erwartete die Demonstranten am Hallmarkt eine von der SED hergerichtete Tribüne mit Lautsprecheranlage. Die Funktionäre der SED-Stadtleitung hatten gehofft, die Streikenden durch beschwichtigende Worte zur Rückkehr in die Betriebe bewegen zu können – eine krasse Verkennung der Lage. Stattdessen nutzten die Arbeiter die Tribüne als Podium. Hier wurde eine überbetriebliche Streikleitung gewählt, die den ganzen Nachmittag über versuchte, den Aufstand zu koordinieren. Das Streikkomitee sandte Gruppen mit bestimmten Aufträgen aus und bereitete eine Großkundgebung vor. Die Eigendynamik des Aufstands konnten die halleschen Streikführer aber nur in begrenztem Maße beeinflussen. Deutlich besser gelang das in Görlitz und in Bitterfeld, wo die spontane Selbstorganisation sehr weit ging. In diesen beiden Kleinstädten hatten die

Ereignisse weniger den Charakter einer unorganisierten Revolte, sondern zeigten Ansätze zu einer Revolution. Zumindest für einige Stunden lag die Macht weitgehend in den Händen der Aufständischen.

### **Bitterfeld: Telegramm an die Regierung**

In Bitterfeld begannen die Proteste ganz ähnlich wie in den Großstädten Mitteldeutschlands. Am Morgen des 17. Juni 1953 traten Arbeiter mehrerer Großbetriebe – der Film und der Farbenfabrik in Wolfen sowie des Elektrochemischen Kombinats Bitterfeld – in den Streik. Aus den drei Chemie-Betrieben formierte sich ein kilometerlanger Demonstrationzug in Richtung Bitterfeld. Dort bestimmten etwa 30.000 Demonstranten bei einer Kundgebung per Zuruf die Streikführer. Der Präsident der Akademie der Künste, Prof. Klaus Staeck, war damals Schüler in Bitterfeld: „Ich war überrascht und auch fasziniert, wie sich so fort aus der Masse heraus einige Wortführer fanden“, erinnert er sich. „Wie auf einmal drei, vier Leute vor Tausenden sprachen, die wohl vorher noch nie vor mehr als fünfzig Leuten geredet hatten. Die vor allem die richtigen Worte fanden und so auch dazu beigetragen haben, dass dieser Volksaufstand ein friedlicher blieb.“ Das 16-köpfige Streikkomitee war für den gesamten Kreis Bitterfeld

zuständig. Wenngleich es aufgrund der Bevölkerungsstruktur nahe gelegen hätte, bestand das Komitee keineswegs nur aus Arbeitern. Das Führungstrio bildeten Paul Othma, ein Kleinunternehmer, der erst vor kurzem sein Radiogeschäft aufgeben musste, und nun als Elektriker arbeitete, Horst Sowada, ein Betriebsmechaniker, der eine Zeitlang Volkspolizist gewesen war, und Wilhelm Fiebelkorn, ein Geschichtslehrer, der sich mit seiner ganzen Schulklasse den Demonstranten angeschlossen hatte. „Es war für kurze Zeit eine wunderbare Gemeinschaft von wildfremden Leuten, die sich um den Hals fielen und für einen Augenblick wirklich dachten, jetzt winke die Freiheit“, beschrieb Klaus Staeck die Stimmung der Demonstranten. Nach etwa einer Stunde löste sich die Massenkundgebung auf. Der Aufstand entwickelte nun eine Eigendynamik. Die Streikführer mussten an zwei Fronten zugleich kämpfen. Zum einen bildeten sie Gruppen, die das Gebäude der Staatssicherheit und das Volkspolizei-Kreisamt besetzten bzw. am Gericht eine Freilassung der politischen Gefangenen aushandelten. Zum anderen waren die Streikführer bestrebt, die spontane Gewalt einzudämmen und Zerstörungen sowie Blutvergießen zu verhindern. Diese Strategie hatte zunächst Erfolg. Streikführer Horst Sowada beispielsweise konnte die Plünderung der Waffenkammer

der Volkspolizei ebenso verhindern wie eine Lynchjustiz an Mitarbeitern der Staatssicherheit. Auch an der Untersuchungshaftanstalt wurde eine blutige Erstürmung verhindert, die Gefangenen kamen durch Verhandlungen frei. Gegen 13.30 Uhr versammelte sich das Streikkomitee im Bitterfelder Rathaus und setzte einen neuen Bürgermeister und einen neuen Landrat ein. In einem Aufruf an alle Betriebe forderten die Streikführer, die Betriebsorganisationen von SED, FDJ und FDGB aufzulösen, den Werkfunk in Besitz zu nehmen und die Werkspolizei durch unbewaffnete Streikposten zu ersetzen. Zudem ließ das Streikkomitee über den Stadtfunk ein Ausschankverbot für Alkohol bekannt geben. Dann formulierten Mitglieder des Streikkomitees einen Forderungskatalog, der per Telegramm an die DDR-Regierung geschickt wurde: „Die Werktätigen des Kreises Bitterfeld fordern: 1. Sofortiger Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist“, hieß es ohne Umschweife in dem zehn Punkte umfassenden Schreiben, das seine Klarheit und Prägnanz Lehrer Fiebelkorn verdankte. Wenig später trafen in Bitterfeld vier sowjetische Panzer sowie vier voll besetzte Mannschaftswagen ein, die strategisch wichtige Punkte besetzten. Zur gleichen Zeit versuchten SED-Funktionäre in den Großbetrieben, wieder die Oberhand zu gewinnen,

in dem sie die aus der Stadt zurückkehrenden Streikenden aussperrten und den Werkfunk unter ihre Kontrolle brachten. Keineswegs aber führte diese Gegenreaktion der Staatsmacht zur sofortigen Kapitulation des Streikkomitees. Bis zum Abend fuhr Streikführer Paul Othma mit einem konfiszierten grauen BMW von Betrieb zu Betrieb, verlas den Aufruf des Streikkomitees und versuchte, die Fortsetzung des Streiks am folgenden Tag zu organisieren. Mehrere Verhaftungswellen und die Besetzung von Fabriken durch sowjetisches Militär konnten nicht verhindern, dass die Arbeit in den folgenden Tagen nur sehr schleppend wieder aufgenommen wurde.

### **Machtübernahme in Görlitz**

Die Ausgangssituation im an der Grenze zu Polen gelegenen Görlitz war eine besondere. Hier war die Kluft zwischen Staatsmacht und Bevölkerung möglicherweise noch etwas tiefer als in anderen Teilen der DDR. Das lag zum einen daran, dass der Anteil der Vertriebenen sehr hoch war. Über ein Drittel der Bevölkerung kam aus den nach dem Zweiten Weltkrieg verlorenen Gebieten des Deutschen Reiches. Die Vertriebenen lebten oft in Armut, in Görlitz herrschte Wohnungsnot, es gab eine große Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Andererseits hatte in der Stadt das

traditionell starke Bürgertum immer noch großen Einfluss, und auch die Kirche war ein bedeutender Einflussfaktor. Die SED hatte deshalb zahlreiche Funktionäre von außerhalb an die Neiße geschickt, um die Machtpositionen zu besetzen. Am 17. Juni gingen die Streiks zwar auch hier von Arbeitern im größten Betrieb, dem Lokomotiv und Waggonbau Görlitz, aus. Aber binnen weniger Stunden schloss sich dem Streik fast die ganze Stadt an und versammelte sich gegen Mittag auf dem Obermarkt, der 1951 in „Leninplatz“ umbenannt worden war. Bei einer ersten Kundgebung wurde der Oberbürgermeister zur Rede gestellt und abgewählt. Ein 20-köpfiges „Stadtkomitee“ bildete sich, das Görlitz bis zur Durchführung freier Wahlen regieren sollte. Die Aufstandsbewegung hatte eine breite soziale Basis, so wurde die Kundgebung von einem Architekten geleitet, im Stadtkomitee reichte das Spektrum der Beteiligten vom Arzt bis zum Arbeitslosen. Ein alter Sozialdemokrat gab die Bildung eines Initiativkomitees zur Neugründung der Sozialdemokratischen Partei (SPD) bekannt. Um Plünderungen und Zerstörungen zu verhindern, stellte das Stadtkomitee eine Bürgerwehr auf, deren Angehörige an weißen Armbinden erkennbar waren. Die Versammelten teilten sich, nachdem sie die SED für entmachteter erklärt hatten, in mehrere Demonstrationzüge auf. Einer dieser

Züge stürmte die SED-Kreisleitung und die Kreisdienststelle der Staatssicherheit. Ein anderer Demonstrationzug befreite aus den zwei Gefängnissen der Stadt insgesamt 416 Inhaftierte. Das Rathaus wurde besetzt, die Volkspolizei entwaffnet. Dass weder bei der Erstürmung der Gebäude der Staatsmacht noch bei der Befreiung der Gefangenen Tote zu beklagen waren, lag aber nicht nur daran, dass die Streikführer versuchten, die Eigendynamik der Menschenmenge zu kontrollieren und Waffen beiseite zu räumen. Es lag auch am defensiven Verhalten maßgeblicher SED-Funktionäre in Görlitz. Der Oberbürgermeister beispielsweise sorgte persönlich dafür, dass die Gefangenen frei kamen, der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung forderte die Mitarbeiter der Staatssicherheit auf, sich zu ergeben. Und selbst die sowjetische Kommandantur, die sich in unmittelbarer Nähe der MfS-Kreisdienststelle befand, blieb bei der Erstürmung des Gebäudes – bei der die Akten des Geheimdienstes in die Hände der Aufständischen kamen und drei MfS-Mitarbeiter, die zuvor auf die Demonstranten geschossen hatten, verprügelt wurden – zu nächst passiv. Erst kurz vor Ausrufung des Ausnahmezustands traten sowjetische Soldaten in Aktion und räumten von den Demonstranten besetzte Gebäude.

# Freiheitserfahrung

„Als wir nach Merseburg marschierten, standen die Leute am Straßenrand und jubelten uns zu. Es gab Freudentränen, wild fremde Menschen umarmten sich“, erinnerte sich Jahrzehnte später ein Arbeiter aus dem Leunawerk in einem Fernsehinterview. Hierbei handelte es sich keineswegs um eine nachträgliche Verklärung. Das Ausbleiben jeglicher Gegenwehr von Seiten der Staatsmacht, das rasche Anwachsen der aus den Betrieben aus marschierten Arbeiterkolonnen, die Sympathie von Menschen aller Bevölkerungsschichten und der friedliche Verlauf der Proteste bis zum Erscheinen der sowjetischen Truppen euphorisierte die Streikenden. In Merseburg hatte der Protestzug der Leuna-Arbeiter eher den Charakter eines Spazierganges. Auf den Plätzen, wo Kundgebungen stattfanden, herrschte oft Volksfeststimmung. Wann hatte es das letzte Mal solche spontanen Foren der freien Meinungsäußerung gegeben? Sowohl in den Belegschaftsversammlungen in den Betrieben als auch bei den Kundgebungen im Stadtraum brach es aus den Menschen heraus, es wurde Tacheles geredet. Nahezu überall in der DDR, wo sich größere Protestbewegungen formierten, machten sich die Demonstranten die vom RIAS

gesendete Forderung nach „geheimen und freien Wahlen für ganz Deutschland“ zu Eigen, eine Forderung, die in letzter Konsequenz auf eine Wiedervereinigung zu den Konditionen der Westmächte hinauslief. Dass Nationalismus und Freiheitssehnsucht in diesen Tagen bei Vielen nahezu identisch war, zeigte sich unter anderem darin, dass Demonstranten am Brandenburger Tor ihre schwarzrotgoldenen Fahnen als „Freiheitsfahnen“ bezeichneten. Der „Sound“ des Tages war das Deutschlandlied. Bei vielen Kundgebungen und Demonstrationen wurde das nach Ende des Zweiten Weltkriegs im Osten Deutschlands verbotene Lied gesungen, das im 19. Jahrhundert als Freiheitslied entstanden war. In Thale stellte sich dabei eine nahezu rituelle Feierlichkeit ein: In dem Städtchen am Harz hatte sich der Unmut der Demonstranten gegen eine „Normensäule“ gerichtet, die auf dem Platz vor dem Bahnhof aufgestellt war. Das hölzerne Monument der Norm-Übererfüllungspropaganda wurde zerschlagen und angezündet. Demonstranten gruppierten sich dann im Kreis um das Feuer und sangen „Deutschland über alles“. Diese Zeile drückte ursprünglich den Wunsch aus, die deutsche Einheit über die rückständige Kleinstaaterei zu stellen. In der Weimarer Republik wurde das Lied Nationalhymne,

bevor es bei den Nazis seine „Unschuld“ verlor: Es wurde auf die erste Strophe reduziert und mit dem „Horst-Wessel-Lied“ gekoppelt. Daher konnten acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Menschenmengen, die „Deutschland über alles“ sangen, Erinnerungen an nationalsozialistische Aufmärsche wecken, auch wenn das nicht der Intention der Demonstranten entsprach. Im Übrigen war das Lied, dessen dritte Strophe im Jahr 1952 in der Bundesrepublik wieder zur Nationalhymne erklärt wurde, auch im Westen nicht unumstritten. Bundespräsident Theodor Heuss hatte dem Vorschlag Konrad Adenauers, das Deutschlandlied zur Hymne zu machen, nur zögerlich zugestimmt und vor allem deshalb, weil ihm bewusst geworden sei, dass er „den Traditionalismus und sein Beharrungsbedürfnis unterschätzt“ hatte. Und so mag es auch nicht verwundern, dass es in der Bundesrepublik noch eine ganze Weile dauerte, bis sich der Text der dritten Strophe durchsetzte.

# Sturm auf Gefängnisse

Der RIAS hat, wie bereits festgestellt wurde, den Volksaufstand nicht ausgelöst, aber der Radiosender hat durch seine permanente Berichterstattung die Forderungen der Demonstranten vereinheitlicht. So wurden in der ganzen DDR die Zurücknahme der Normerhöhung, freie und geheime Wahlen für ganz Deutschland und die Senkung der HO-Preise um 40 Prozent gefordert. In einem Punkt aber gingen die Aktivitäten der Aufständischen darüber hinaus. Eine Forderung, die man am 17. Juni nicht im RIAS hören konnte, war die der Freilassung politischer Gefangener. Das Stichwort dafür kam vielmehr von der SED, die im Zuge des „Neuen Kurses“ die Freilassung politischer Häftlinge versprochen hatte. Zudem hatte das SED-Blatt „Neues Deutschland“ einen Tag später angekündigt, Amnestierte kämen sofort frei. Deshalb hatten sich schon am 12. Juni vor einigen Gefängnissen Angehörige mit Blumen eingefunden, um die Entlassenen zu begrüßen, beispielsweise in Brandenburg und Neuruppin. Und in der Tat kam es an diesem Tag bereits zu zahlreichen Haftentlassungen. In Weimar waren es 15 Personen, die wegen „Wirtschaftsvergehen“ inhaftiert worden waren. Unter ihnen befand sich ein stadtbekannter Hotelbesitzer,

dessen Freilassung mehrere hundert Menschen euphorisch feierten. Sie empfingen ihn am Gefängnis mit Beifall, Hochrufen, Umarmungen und Blumen und begleiteten ihn bis zu seiner Wohnung. In den Folgetagen kam es auch in anderen Städten an den Gefängnissen zu kleineren Menschenansammlungen, wobei die freudige Erwartung bisweilen auch in Misstrauen und Unmut umschlug, wenn Entlassungen nur zögerlich in Angriff genommen wurden. Am 17. Juni selbst wurden dann von Demonstranten insgesamt rund 70 Haftorte belagert. Neben großen Haftanstalten, Untersuchungsgefängnissen und Gefängnissen der Staatssicherheit gehörten dazu auch Gerichte, Polizeiwachen, SED-Gebäude und Haftarbeitslager. In Berlin forderten sowohl am Abend des 16. Juni als auch am Vormittag des 17. Juni hunderte Menschen vor dem Gefängnis in der Barnimstraße die Freilassung politischer Häftlinge. Ein Sturm des Gefängnisses fand nicht statt. In vielen Städten kam es erst in einer späteren Phase des Aufstands zu Gefängnisbelagerungen und -stürmungen. In manchen Orten hing aber schon das Zustandekommen der Proteste am Morgen des 17. Juni direkt mit zumeist erst kurz zuvor erfolgten Verhaftungen zusammen. Im Leunawerk beispielsweise waren eine Woche vor dem 17. Juni mehrere Handwerker verhaftet worden. Um sie zu

befreien, schickten die streikenden Leuna-Werker eine Delegation zur Untersuchungshaftanstalt nach Halle. Im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld war ein Lehrling verhaftet worden, weil er eine offiziell als „Produktionsberatung“ vertuschte Arbeitsunterbrechung als Streik bezeichnet hatte. Nun verlangten die Arbeiter am Morgen des 17. Juni 1953 von der Betriebsleitung Auskunft über das Schicksal dieses erst kürzlich verhafteten jungen Mannes.

### **Gefangenenbefreiung**

Insgesamt wurden während des Volksaufstands an 27 Haftorten etwa 1.500 Häftlinge befreit. Die große Mehrheit (etwa zwei Drittel) waren politische Häftlinge. In Jena stürmten am Vormittag des 17. Juni etwa 6.000 Demonstranten die Untersuchungshaftanstalt. Die Menge drückte das Tor auf und brach die Gitter zum Zellenhaus auf. Sämtliche Schreibtische und Schränke wurden gewaltsam geöffnet und der Inhalt zu den Fenstern hinausgeworfen. Lediglich den Schrank mit den Gefangenenakten ließen die Aufständischen unversehrt. Zwei Posten, mit Pistolen vom Wachpersonal versehen, wachten darüber. 61 Häftlinge kamen frei. Zudem gingen die Demonstranten auch Gerüchten nach, dass es in der

Haftanstalt zu Folterungen gekommen war. Dazu wurde eine Untersuchungsgruppe eingesetzt. In der Kleinstadt Gommern waren es etwa 500 Arbeiter aus Magdeburg, die vor die Untersuchungshaftanstalt zogen und die Freilassung der politischen Häftlinge forderten. Nachdem der Anstaltsleiter ein Ultimatum verstreichen ließ, drangen die Aufständischen in das Gefängnis ein und begannen, die Zellen gewaltsam zu öffnen. Die befreiten Häftlinge weigerten sich jedoch, die Haftanstalt ohne Entlassungspapiere zu verlassen. Unter dem Druck der Aufständischen stellte der Anstaltsleiter widerwillig mehr als ein Dutzend Entlassungspapiere aus, bis die von ihm angeforderten sowjetischen Truppen eintrafen und die Gefangenenbefreiung abbrachen. Insgesamt kamen bei der Aktion 18 Inhaftierte frei. An mehreren Orten bildeten Demonstranten Kommissionen, die für eine kontrollierte Freilassung sorgen sollten. In der Untersuchungshaftanstalt in Bitterfeld entschied eine solche Kommission anhand der Gefangenenakten über die Freilassung von Häftlingen. Neben dem Streikführer Wilhelm Fiebelkorn und an deren Streikenden gehörten dazu auch der Kreisstaatsanwalt und der Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes. Ihr Ziel, nur politische Gefangene auf freien Fuß zu setzen, haben sie allerdings nicht vollständig erreicht. Insgesamt kam es an

acht Haftorten zu erzwungenen Entlassungen. Einige der Freigekommenen blieben auch nach der Niederschlagung des Aufstands in Freiheit, da sie unter die Amnestie fielen. Viele andere wurden, nachdem sie sich selbst gestellt hatten, in den Tagen und Wochen nach dem 17. Juni vorzeitig entlassen. An größeren Haftorten geschah die Gefangenenbefreiung meist unkontrolliert. So wurden in der Untersuchungshaftanstalt II in Halle und im Gefängnis am Moritzplatz in Magdeburg-Neustadt einfach alle Zellen aufgeschlossen bzw. aufgebrochen. Auf diese Weise kamen 245 bzw. 221 Inhaftierte vorübergehend frei. Eine Besonderheit war die Befreiung von Gefangenentransporten in Magdeburg. So trafen während der Proteste am Magdeburger Hauptbahnhof Eisenbahnwaggons mit Häftlingen ein, die von den Streikenden befreit wurden. Auch hier bildete sich in einem Fall eine Kommission, die nur die politischen Häftlinge freiließ.

### **Dramatische Szenen**

Insgesamt gelang nur bei etwa einem Drittel aller Gefängnisbelagerungen die Befreiung der Häftlinge. Zahlreiche Demonstranten kamen bei den dramatischen Versuchen, Haftanstalten zu stürmen, ums Leben. Die Verteidiger setzten häufig Schusswaffen ein. In Halle

beispielsweise wurden drei der insgesamt sieben Menschen, die am 17. Juni in der Saalestadt erschossen wurden, am Gefängnis „Roter Ochse“ getötet. Die große Strafvollzugsanstalt, in der sich neben dem Gefängnis des Innenministeriums auch die Untersuchungshaftanstalt des MfS befand, wurde am Nachmittag des 17. Juni von etwa 700 Demonstranten belagert. Ein erster Versuch, den Hintereingang aufzubrechen, schlug fehl. Daraufhin zogen die Demonstranten zum Haupttor. Unter Rufen wie „Gebt die Gefangenen frei“ warfen sie Steine gegen das Tor und versuchten, es mit einem Balken aufzustoßen. Der Zuchthausleiter ließ einen Feuerwehrschauch holen. Ein kalter Wasserstrahl trieb die zumeist jungen Leute zurück. Der Abwehrversuch währte jedoch nicht lange. Einigen Aufständischen gelang es, den Schlauch zu ergreifen und in Richtung Gefängnis umzudrehen. Unterdessen sann die Belagerer auf stärkere Mittel. Der Demonstrationzug war von zwei Lastwagen begleitet worden. Einer von diesen fuhr jetzt rückwärts gegen das Tor und drückte die schweren Flügel auf. Jubelnd rannten die Aufständischen in den Hof, wo eine Reihe bewaffneter Polizisten stand. Diese trieben die Eindringlinge mit Schüssen wieder zurück, denn inzwischen hatte sich die Befehlslage geändert. Galt bis zum frühen Nachmittag noch die Weisung, von Schusswaffen

keinen Gebrauch zu machen, hatte der Polizeichef des Bezirkes nun den Schießbefehl erteilt. Zahlreiche Menschen erlitten Verletzungen, drei von ihnen verstarben. Bei der einsetzenden panischen Flucht stürzten einige Demonstranten zu Boden und wurden überrannt. Trotzdem wagte ein Teil der Demonstranten wenig später noch einen dritten Versuch an einer anderen Stelle, um auf das Gefängnisgelände zu gelangen, wobei sie einen Traktor ein setzten. Auch hier trieb die Wachmannschaft die Aufständischen mit Schüssen zurück. Als gegen 16 Uhr sowjetische Panzer vor dem „Roten Ochsen“ erschienen, endete die Belagerung des Gefängnisses. Ähnlich dramatisch gestaltete sich die Gefängnisbelagerung in Magdeburg-Sudenburg. Gegen Mittag erreichte ein größerer Demonstrationzug den Gebäudekomplex, in dem sich neben Gericht, MfS und Polizeipräsidium auch eine Strafvollzugsanstalt befand. Als folgenschwer erwies sich die Rückkehr eines Strafkommandos mit Gefangenen, die an diesem Tag nicht arbeiten konnten, weil der Betrieb, in dem sie eingesetzt waren, bestreikt wurde. Die Bewacher wurden durch Aufständische entwaffnet, die Gefangenen befreit. Während die Demonstranten in anderen Orten die Gewehre in der Regel unbrauchbar machten, war das in Magdeburg nicht der Fall. Hier setzten Aufständische die

Waffen gegen die Verteidiger des Gefängnisses ein. Ein Schusswechsel mit Toten auf bei den Seiten war die Folge. Parallel zur Belagerung des Gefängnisses versuchten die Aufständischen, durch Verhandlungen die Freilassung der politischen Häftlinge zu erreichen. Eine erste Delegation von vier Demonstranten forderte gegen Mittag die sofortige Entlassung aller wegen Wirtschaftsvergehen Inhaftierter. Als sich der Polizeichef weigerte, entgegnete ihm ein Aufständischer: „Eure Zeiten sind vorbei, unsere Zeit ist gekommen. Wenn Sie, Herr Präsident, alle Inhaftierten nicht freilassen, werden wir sie selbst befreien.“ (Dieser Mann wurde dafür am 18. Juni von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet.) Eine zweite Gruppe von Demonstranten wurde zum Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg vorgelassen und er reichte, dass ihnen Entlassungspapiere von insgesamt 35 Häftlingen vorgelegt wurden. Als am Nachmittag die sowjetischen Panzer vorfuhren, waren sie noch mit den Akten beschäftigt. Unverrichteter Dinge, aber auch ohne verhaftet zu werden, verließen sie das Gerichtsgebäude. Das Eingreifen der sowjetischen Truppen, die Schüsse abgaben und einen Panzer direkt vor dem Gefängnistor postierten, beendete den Versuch der Erstürmung des Gefängnisses. Mindestens zwei Demonstranten, zwei

Polizisten und ein Unterleutnant des MfS kamen zu Tode.  
Zudem gab es dutzende Schwer verletzte.

# Proteste in ländlichen Gebieten

Der Schwerpunkt des Aufstands lag ganz klar in den Städten. Auf dem Land blieb es am 17. Juni 1953 vergleichsweise ruhig. Das mag zum einen an der geringen Bevölkerungsdichte und der schwierigeren Kommunikation gelegen haben. Zu bedenken ist auch, dass der Einfluss des Staates in vielen Dörfern noch gering war. Die offiziell freiwillige, praktisch jedoch häufig unter politischem Zwang erfolgte Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) betraf nur einen Teil der Bauern. Mitte 1953 wurde nur etwa ein Zehntel der Nutzfläche durch LPG bewirtschaftet. Insofern ist es bemerkenswert, dass für immerhin rund 300 Dörfer und 114 Landstädte (bis 5.000 Einwohner) Proteste nachweisbar sind. Diese bestanden zumeist aus Austritten aus der LPG, Beschimpfungen und Verprügeln von Funktionären und Zerstörung von Propaganda. Seltener kam es, wie im Dorf Zodel bei Görlitz, zu kleinen Demonstrationen. Auslöser waren die Proteste in der Kreisstadt gewesen. Auch auf dem Dorf zielte die Revolte, ähnlich wie in Görlitz, auf die Eroberung der Macht. Einwohner von Zodel zwangen die maßgeblichen Funktionäre – den Bürgermeister, den LPG Vorsitzenden, den Schulleiter, die Pionierleiterin und die

Vorsitzende der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – einem Demonstrationzug durch das Dorf voranzugehen. Dabei mussten sie ein StalinBild tragen. Nach dem Umzug wählten die Dorfbewohner eine neue Gemeindevertretung. Eine Besonderheit stellten auch die Ereignisse in Mühlhausen dar. Hier versammelten sich 3.000 Bauern aus der Region zu einer Kundgebung auf dem Untermarkt. Ihre Forderungen spiegelten vor allem die besonderen Probleme auf dem Land wider. So verlangten die Bauern eine Herabsetzung des Ablieferungssolls, die Beendigung der Planwirtschaft auf dem Lande, keine weitere Diskriminierung der „Großbauern“, gesetzliche Absicherung für die rückkehrwilligen Flüchtlinge sowie die sofortige Freilassung aller verurteilten und inhaftierten Bauern und die Rückgabe ihres Vermögens. Erst Punkt neun des bei der Kundgebung aufgestellten 11-Punkte-Forderungskatalogs forderte gesamtdeutsche freie und geheime Wahlen. Obwohl es in Mühlhausen auch ein großes Fahrradwerk gab, waren Bauern die Träger des Protests. Ein Versuch, die Arbeiter des Werkes zu einer gemeinsamen Demonstration zu bewegen, scheiterte. Es gab am Werkstor heftige Diskussionen, gemeinsame Aktionen kamen aber nicht zustande. Das lag auch daran, dass die SEDKreisleitung 200 Agitatoren eingesetzt hatte, die den

Protest der Bauern zum Rat des Kreises umlenkten. Andere Demonstranten versammelten sich indessen vor dem Kreisgericht und erzwangen die Freilassung einiger Inhaftierter. Ausschreitungen hat es dabei offenbar nicht gegeben. Ähnlich wie in Mühlhausen blieb auch der Bauernprotest in Jessen nahezu gewaltfrei. In der Kleinstadt an der Elster kam es, von einigen Bauern umlegender Dörfer organisiert, am 17. Juni zu einer Bauerndemonstration, an der sich etwa 1.000 Menschen beteiligten. Die Bauern trugen Transparente mit Forderungen wie „Absetzung der Kreisverwaltung“ oder „Freie und geheime Wahlen für alle Deutschen“ durch das Städtchen. Die Jessener solidarisierten sich und versorgten die Protestierenden mit Essen und Trinken. Wichtigster Anlass für die Proteste waren drakonische Strafen gegen Bauern gewesen. Deren Haftentlassung, die im Zuge des „Neuen Kurses“ versprochen, aber von der örtlichen Staatsanwaltschaft noch nicht in die Wege geleitet worden war, sollte nun erzwungen werden. Vor der Kreisverwaltung bedrängten etwa 500 Bauern den Staatsanwalt so lange, bis er sich bereit erklärte, mit einer Delegation der Aufständischen zur Untersuchungshaftanstalt nach Bad Liebenwerda zu fahren. Dort gelang es, die Entlassung von 30 inhaftierten Bauern zu bewirken. Die Rückkehr der

Lastkraftwagen mit den Befreiten wurde euphorisch bejubelt und gefeiert. Dann jedoch rückten sowjetische Panzer in das Städtchen ein. Nach dem 17. Juni signalisierte die SED durch eine Reihe von Zugeständnissen an die Einzelbauern, dass die Kampagne gegen die privatwirtschaftliche Landwirtschaft vorerst beendet war. Es wurden Steuervergünstigungen und großzügige Kredite gewährt. Das Ablieferungssoll wurde herabgesetzt. Geflüchteten Bauern wurde das Angebot zur Rückkehr und Rückgabe ihres Eigentums unterbreitet. Die Kollektivierungspolitik der SED wurde vorübergehend gebremst. Etwa acht Prozent der bestehenden rund 5.000 LPG löste sich wieder auf, von Juni bis Dezember 1953 verloren die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zwölf Prozent ihrer Mitglieder.

# Gegenkräfte

In einigen Bezirken der DDR blieb es ausgesprochen ruhig, so in den drei Nordbezirken, aber auch im Bezirk Suhl regte sich kaum Protest. Wurden hier von der Staatsmacht nur wenige Aufstandsimpulse registriert, denen dann entschieden begegnet wurde, so war die Situation im Bezirk Karl-Marx-Stadt eine andere. Eigentlich wären in diesem Bezirk mit seinen großen Industriebetrieben massive Arbeiterproteste zu erwarten gewesen. Und in der Tat kam es in Karl-Marx-Stadt bereits Anfang Juni zu Proteststreiks gegen die Normerhöhung. Am 15. Juni formierte sich zudem in Johannegeorgenstadt eine Bürgerdemonstration gegen eine Zwangsumsiedlung von Einwohnern, unter deren Wohngebieten Uran lagerte, das die SAG Wismut abbauen wollte. Durch diese Ereignisse vorgewarnt, traf die SED-Bezirksleitung in der Nacht zum 17. Juni eigenständig umfassende Sicherheitsvorkehrungen. Ein „Kampfstab“ wurde gebildet, alle Gebäude der Staatsmacht gesichert, die Polizei in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, Feuerweherschläuche an Hydranten angeschlossen, ein Notambulatorium eingerichtet und Betriebe sowie die Wege zu Arbeitsstätten überwacht. Der Einsatz von Schusswaffen konnte „in eigener Verantwortung durch den

Abschnittsleiter“ befohlen werden. MfS-Mitarbeiter entfernten Flugblätter und übertünchten Losungen, die zum Generalstreik aufriefen. In die Betriebe wurden Agitatoren geschickt, die konkrete Zusagen gaben und gleich als Auftrag an Behörden übermittelten. Wo es zu Streiks kam, wurden die Streikführer isoliert, indem man sie in stundenlange Verhandlungen verwickelte. In Plauen erfuhr das MfS durch Informanten, dass es in einigen Betrieben „Gerüchtemacher und Hetzer“ gäbe. Umgehend suchte der Plauener MfS-Chef diese persönlich auf und drohte, sie würden ab sofort überwacht und hätten „bei irgendwelchen Ausschreitungen mit der Todesstrafe zu rechnen“. Die Einschüchterung wirkte, nicht nur in diesem Extremfall. Angesichts der massiven Präsenz der Staatsmacht registrierte das MfS lediglich vier Streiks in Karl-Marx-Stadt, zudem 13 in weiteren Betrieben des Bezirkes mit einer Gesamtbeteiligung von nur 1.500 Arbeitern. Auch in Erfurt kam es nur in wenigen Betrieben zu Diskussionen und Arbeitsniederlegungen. Hier traten die Arbeiter zu dem erst am 18. Juni in den Streik. Zu dieser Zeit hatte die Staatsmacht bereits eine mächtige Drohkulisse geschaffen. In der Nacht zum 18. Juni gab der Chef der Volkspolizei einen Befehl mit drakonischen Strafen aus. Wer Staatsfunktionäre oder Polizisten angreife oder Embleme

der DDR bzw. Bilder von Pieck, Grotewohl oder Stalin herunterreiße, würde standrechtlich „im Beisein der Massen erschossen“. Alle Zufahrtsstraßen zur Stadt wurden abgeriegelt, Polizei kontrollierte den öffentlichen Raum. Unter diesen Bedingungen kam es zu keinerlei Demonstrationen, sieht man einmal von ein paar jungen Männern ab, die mit „Nickihemden“ und über die Schulter gehängten Schlipsen – damals der neueste Schrei der westlichen Jugendmode – im Stadtzentrum verhaftet wurden. Zwar kam es immer wieder zu Arbeitsniederlegungen in einzelnen Betrieben, die Streikenden wurden jedoch zumeist von Agitatoren der SED zur Rückkehr an die Arbeitsplätze bewegt. Und ein von den Straßenbahnern für den 19. Juni geplanter Streik kam nicht zustande, weil der Plan verraten worden war.

# Ausnahmezustand

Als Reaktion auf den Aufstand verhängte die sowjetische Besatzungsmacht in 167 von insgesamt 217 Land- und Stadtkreisen der DDR den Ausnahmezustand. Das bedeutete, dass die Besatzungsmacht faktisch die Herrschaft übernahm. Es galt das Kriegsrecht. Auf den Straßen patrouillierte Militär. Menschenansammlungen waren verboten und eine nächtliche Ausgangssperre war einzuhalten. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, am 18. Juni und in den Tagen danach hätte in der DDR eine Art Grabesstille geherrscht. In manchen Orten wagten es Demonstranten, sich trotz Ausnahmezustands zu versammeln. In Halle kamen 1.500 Menschen, in Dresden 1.000 zu Demonstrationen ins Stadtzentrum. Sie wurden jedoch von Soldaten auseinandergetrieben. Auf dem halleschen Markt verletzte ein Schuss eine unbeteiligte Frau tödlich. Während die Straßen von Militär kontrolliert wurden, war der Protestwille der Arbeiter keineswegs erloschen. Mehr als 100.000 Arbeiter streikten auch noch am Tag nach dem Aufstand. In den Bezirken Dresden und Leipzig wurden am 18. Juni sogar mehr Streikende gezählt als am Tag zuvor. Viele Betriebe wurden weiter bestreikt. In manchen Orten kam es jetzt überhaupt erst zu

Arbeitsniederlegungen und Protesten, beispielsweise auf Werften in Rostock und Stralsund. In seltenen Fällen gelang es Streikenden sogar noch, das Werk zu verlassen und Demonstrationen zu veranstalten, so 200 Arbeitern im VEB Pressformbau Triptis. Im Elektromotorenwerk Wernigerode hingegen wurde ein ähnlicher Plan verhindert. Dort hatten die streikenden Arbeiter für den 18. Juni einen Marsch zur innerdeutschen Grenze geplant, um gemeinsam mit anderen Streikenden aus der Region Grenzbefestigungen zu beseitigen. Der Ausnahmezustand verhinderte aber die Ausweitung der Proteste in den öffentlichen Raum. Zunächst hatten die Wernigeröder Elektromotorenwerker ihre Forderungen auf einer turbulenten Belegschaftsversammlung formuliert und eine Delegation gewählt, die mit dem Werksleiter einen Brief an die Regierung schreiben sollte. Aber noch während der Versammlung hatten sowjetische Soldaten das Werk umstellt. Wie ein Zeitzeuge berichtete, wurde das Streikkomitee „wie eine Hammelherde“ zusammengetrieben und mit einem LKW abtransportiert. Panzer fuhren im Werk umher, Soldaten gaben Warnschüsse ab. Unter diesen Umständen weigerten sich die Arbeiter, auch nur einen Finger zu rühren. Auch am 19. Juni streikten noch 90 Prozent der Belegschaft. So wie in Wernigerode erging es

zahlreichen Arbeitern in Großbetrieben der DDR. Ob im Stahlwerk Riesa, in den Leunawerken oder im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld – erst der Einsatz von Militär und massive Drohungen erwirkten die Wiederaufnahme der Arbeit. Besonders hartnäckig blieben die Bauarbeiter, von denen viele auch noch am 21. Juni die Arbeit nicht aufnahmen. Die überall erfolgten Verhaftungen der Streikführer lösten Solidaritätsaktionen, Unterschriften und Geldsammlungen aus. In Jena traten 2.000 Zeiss-Werker am 11. Juli in einen Sitzstreik, um die Freilassung eines verurteilten Streikführers zu erreichen. In den Buna-Werken Schkopau löste das ungeklärte Schicksal von nach dem Aufstand verhafteten Kollegen am 15. Juli einen dreitägigen Streik aus, der in seinen Dimensionen den 17. Juni noch übertraf. 5.000 Arbeiter legten die Arbeit nieder. Eine Streikleitung wurde gewählt, der Werkfunk und die Telefonanlage besetzt. Sogar die für alle chemischen Folgeprozesse notwendige Karbidproduktion, die während des Juni-Aufstands weiter gelaufen war, wurde nun still gelegt. Auch der aus Berlin angereiste zuständige Minister, Fritz Selbmann, konnte die Streikenden zunächst nicht zur Rückkehr an die Arbeit bewegen. Als die Wiederaufnahme der Karbidproduktion durch Kasernierte Volkspolizei erzwungen wurde, kam es sogar zur Geiselnahme eines

Polizisten. Am 16. Juli fanden zwei große Belegschaftsversammlungen statt, in denen die Arbeiter ihrem Unmut Luft machten. Ergebnisse hatten die Veranstaltungen nicht. Als Buna-Arbeiter im Anschluss einen Demonstrationzug bilden wollten, griff die kasernierte Polizei rigoros, aber ohne Schusswaffeneinsatz ein. Danach verebbten die Proteste.

### **Diskussionsforen und Inszenierungen**

Dass die Revolte vom 17. Juni 1953 im Kern ein Arbeiteraufstand war (der sich dann rasch zu einem Volksaufstand ausweitete), wird durch einen Blick auf die wichtigsten Forderungen, die von Demonstranten während des Aufstands und insbesondere in den Tagen danach formuliert wurden, unterstrichen. Neben einigen allgemeinen politischen Forderungen nahmen soziale Probleme der Arbeiterschaft einen großen Raum ein. Daran knüpfte die SED an. In den Wochen nach der Niederschlagung des Aufstands betrieb die Staatsmacht einen großen propagandistischen Aufwand, um die Arbeiter, deren Interessen sie ja vorgab zu vertreten, auf ihre Seite zu ziehen. Führende SED-Funktionäre diskutierten in Großbetrieben mit der Belegschaft, wobei sie oft einen schweren Stand hatten. Es gab offene Wortgefechte und

Tumulte. Mit Versprechungen, aber auch Drohungen versuchten die Funktionäre, ihren Anspruch auf die Führungsrolle bei der Herstellung gesellschaftlicher Harmonie zu bekräftigen. Die politischen Forderungen blockte die SED rigoros ab, da mit verlagerte sich der Arbeiterprotest auf die soziale Ebene. Was von den Diskussionsforen blieb, waren lange Forderungskataloge mit dutzenden Einzelproblemen. Zugleich verwischten sich dadurch die Fronten, denn teilweise unterstützten lokale SED Funktionäre Forderungen nach Abstellung von Missständen am Arbeitsplatz und gerechten Normen. Die Belegschaftsversammlungen hatten zudem eine Ventilfunktion. Den Arbeitern wurde zugesichert, sie würden für ihre Äußerungen nicht bestraft. Im Einzelfall konnte man sich darauf aber nicht verlassen. Ein Arbeiter bei Siemens Plania in Berlin, der gesagt hatte, „dass er stolz gewesen sei auf die Kraft der Arbeiterklasse am 17. Juni“, kam für dreieinhalb Jahre ins Gefängnis, weil er damit den „faschistischen Putsch“ verherrlicht hätte. Um den öffentlichen Raum demonstrativ wieder zu besetzen, inszenierte die SED Massenkundgebungen. Bei einer dieser Großkundgebungen, die am 26. Juni an jenem Ort stattfand, wo sich am 17. Juni 60.000 Hallenser versammelt hatten, unterschied Politbüro-Mitglied Fred Oelßner

zwischen faschistischen Gefängnisstürmern und irregeleiteten Arbeitern, die den Weg zurückfinden würden „in die Reihen des kämpfenden Proletariats“. Damit signalisierte er, dass die Bestrafung weniger „Sündenböcke“ zugleich ein Integrationsangebot an die Mehrheit der am Aufstand Beteiligten war. Oelßner interpretierte die große Beteiligung an der Kundgebung dahingehend, „dass das Band zwischen Partei und Arbeiterschaft wieder geknüpft ist, sodass es niemals wieder zerreißen kann“. An Zynismus kaum zu überbieten war eine weitere Inszenierung, die zwei Tage zuvor ebenfalls in Halle an der Saale stattfand. Es handelte sich um die Beerdigung eines jungen Wissenschaftlers. Der Doktorand war auf dem Weg zu seinen Schwiegereltern am Gefängnis „Roter Ochse“ vorbei gekommen und hatte während der Gefängnisbelagerung eine tödliche Schussverletzung erlitten. Da er Mitglied der FDJ war, dichtete man ihm eine Märtyrerlegende an. Er hätte sich den Provokateuren entgegengestellt und sei von diesen erschossen worden. Tatsächlich wurde er, wie der Arzt bestätigte, der ihn barg, aus einer sowjetischen Waffe getroffen. Zu seiner Beerdigung organisierte die FDJ einen Sternmarsch durch die Stadt, an der sich von Betrieben abgeordnete Delegationen beteiligten, die nicht wussten, in welcher makabren Inszenierung sie mitwirkten.

# Was war „faschistisch“ am Aufstand?

Nach dem Aufstand sprach die SED viele Jahre lang davon, es hätte sich um einen „faschistischen Putschversuch“ gehandelt und zog sogar Parallelen zwischen den nationalsozialistischen Pogromen der „Reichskristallnacht“ 1938 und den Ereignissen am 17. Juni 1953. Als Belege dafür wurden einige „Rädelsführer“ mit Nazi-Vergangenheit präsentiert. Besonders prominent war Erna Dorn, der die SED-Presse den nicht vorhandenen Dienst grad „SS-Kommandeuse“ andichtete. Sie hatte in dem Aufstand überhaupt keine Rolle gespielt, wurde dennoch als vermeintliche Rädelsführerin hingerichtet. Bei Friedrich Schorn aus dem Leunawerk lagen die Dinge etwas anders. Er war Nationalsozialist gewesen und hatte tatsächlich als Vorsitzender des Kreisstreikkomitees Merseburg eine wichtige Führungsposition eingenommen. Am 17. Juni trat er aber nicht als „Faschist“ auf. Zahlreiche andere Streikführer hatten keine braune Vergangenheit. Als Beispiele seien Paul Othma (Bitterfeld), Wilhelm Grothaus (Dresden) und Siegfried Berger (Berlin) angeführt. Sucht man in den schriftlichen Überlieferungen nach Indizien für nationalsozialistische Gesinnung von Aufständischen, so

findet man so gut wie nichts. Das ist besonders bemerkenswert, da nach dem Aufstand krampfhaft versucht wurde, die offizielle Deutung als „faschistischer Umsturzversuch“ zu belegen. Im Buna-Werk Schkopau beispielsweise vermutete die SED im dortigen Streikzentrum, der Betriebsschlosserei, eine faschistische Zelle. Nachforschungen ergaben, dass lediglich sieben Prozent der Schlosser ehemalige NSDAP-Mitglieder waren. Dem stand gegenüber, dass der Anteil ehemaliger Nazis in der SED-Grundorganisation der Schlosserei wesentlich höher war, nämlich 20 Prozent! Während somit viele der ehemaligen Nazis das Fähnchen nach dem Wind ausgerichtet hatten, kam der Widerstand, nicht nur in Buna, eher aus dem Kreis ehemaliger Sozialdemokraten. In den letzten Jahren des Bestehens der DDR hat die SED dann die eigene These vom faschistischen Umsturzversuch selbst nicht mehr vertreten. Stattdessen sprach man nun von einem „konterrevolutionären Putschversuch“.

# Formen von Gewalt

Die initialen Kampfformen des 17. Juni 1953 waren der Streik und die Demonstration. Hinzu kam die zumeist symbolische Gewaltausübung gegen Propagandalosungen und -bilder der SED Herrschaft. Im Verlauf des Tages wurden zudem in vielen Orten Gebäude der Staatsmacht attackiert und gestürmt. Maschinen und Fabriken wurden nicht zerstört, im Gegenteil: In den großen chemischen Werken in Bitterfeld, Buna, Leuna und Wolfen lief die Produktion weiter. Teilweise trugen Streikführer dafür Sorge, dass die Arbeiter, die zur Aufrechterhaltung der oft kontinuierlichen chemischen Prozesse notwendig waren, im Werk blieben. Der für die Anfangsphase des Aufstands charakteristische friedliche Verlauf der Proteste war das Resultat einer gegenseitigen Unterschätzung. Die SED-Führung glaubte, dass es nicht zu größeren Protesten kommen würde, weil sie die Normerhöhung am 16. Juni zurückgenommen hatte. Deshalb wurde nur für Berlin ein größerer Einsatz von Volkspolizei und sowjetischem Militär geplant. Die Demonstranten wiederum hielten die Staatsmacht für schwach, weil SED-Funktionäre am Morgen des 17. Juni in vielen Orten passiv blieben und den Demonstrationen keine bewaffneten Volkspolizisten,

sondern höchstens Agitatoren entgegenstellten. Selbst in Berlin, wo Polizisten im Einsatz waren, trugen diese lediglich Gummiknüppel. Auch die anfängliche Zurückhaltung der sowjetischen Besatzungsmacht weckte Hoffnungen auf eine grundlegende Veränderung der politischen Verhältnisse.

## **Bildersturm**

Mit der Besetzung des öffentlichen Raumes durch Demonstrationen und Kundgebungen ging zumeist die Zerstörung der Symbole der SED-Herrschaft einher. Losungen, die an Gebäuden der Staatsmacht, an Betriebstoren, Bahnhöfen und Sportstätten angebracht waren, stürzten zu Boden. Politikerbilder, Propagandaplakate und Transparente wurden von Gebäuden entfernt, Embleme und Büsten zerschlagen. In Film und Foto festgehalten und deshalb einflussreich für das spätere Image des Volksaufstands war das Einholen der roten Fahne vom Brandenburger Tor in Berlin. Die Fahne wurde zerrissen und dann unter Beifall der Umstehenden verbrannt. Später hissten Aufständische schwarzrotgoldene Fahnen und eine Fahne mit dem Wappen von Berlin, um ihrem Wunsch nach deutscher Einheit Ausdruck zu verleihen. Aus dem gleichen Grund wurden auch insgesamt 24 sowjetische Schilder, welche die Sektorengrenze markierten, entfernt und

zertrümmert. Bei aller Wut, die sich bei den Zerstörungen entlud, machten die Demonstranten doch Unterschiede. Während Bilder von Stalin und Ulbricht vieler Orts abgehängt, zerschlagen oder verbrannt wurden, war man sich bei Bildnissen von Ernst Thälmann und Karl Marx uneins. Teilweise blieben sie unversehrt, es gab sogar Demonstrationzüge, die ein Thälmann-Bild an der Spitze trugen, zum Beispiel in Halle. Möglicherweise lag das daran, dass unter den Arbeitern der Glaube verbreitet war, der Sozialismus wäre ein anderer gewesen, wenn Ernst Thälmann noch leben würde. Vielleicht war es auch der Versuch, sich mit dem Bild vor Gewalt zu schützen. Die relativ einhellige Wut gegen Stalin wiederum wird verständlich, wenn man sich den Stalin-Kult vergegenwärtigt, der bis zu dessen Tod am 5. März 1953 in der DDR betrieben und mit drakonischen Strafen durchgesetzt wurde. In manchen Städten stiegen am 17. Juni kleine Rauchfahnen in den Himmel. Auf dem Leipziger Markt beispielsweise steckten Demonstranten ein kleines Gebäude der Nationalen Front an, in dem Vorträge und politische Agitationsveranstaltungen stattgefunden hatten. Die angerückte Feuerwehr wurde mit Pflastersteinen am Löschen gehindert. Teilweise waren solche Brandzeichen Reaktionen auf vorangegangene Gewaltakte. In Berlin

waren die Auseinandersetzungen am Morgen des 17. Juni vor dem Haus der Ministerien eskaliert. Beim Versuch der Demonstranten, den Sperrkordon zu durchbrechen, hatten Polizisten mit Knüppeln hart zugeschlagen. Da nachzündeten Arbeiter, die niedergeknüppelt worden waren, in der Nähe des Potsdamer Platzes eine Zollbaracke, einen Propagandakiosk der Nationalen Front und einen Zeitungskiosk an. Andere Brandstiftungen wie das Anzünden des Columbiahauses in Berlin fanden erst statt, nachdem der Ausnahmezustand verhängt und Schüsse gefallen waren. Ein solcher Großbrand war untypisch für den Aufstand. In der Regel beschränkten sich die Demonstranten darauf, die aus den Fenstern geworfenen Aktenberge sowie Möbel und Einrichtungsgegenstände vor den Gebäuden von SED, FDJ und FDGB anzuzünden. Auch die Erstürmung von Gebäuden der Staatsmacht blieb in zahlreichen Orten ein symbolischer Protestakt. Türen und Fensterscheiben gingen zu Bruch, Mobiliar und Akten wurden auf die Straße geworfen, Büsten von Lenin und Stalin zerschellten auf dem Straßenpflaster. Ein tatsächlicher Griff nach der Macht kam darin zumeist nicht zum Ausdruck. Selbst dort, wo (wie zum Beispiel in Leipzig) das Telegrafenamnt besetzt wurde, blieb das ohne

Tiefenwirkung; das Amt arbeitete während der Besetzung weiter.

## **Funktionäre am Pranger**

Symbolischen Charakter trug häufig auch die Entmachtung lokaler Funktionäre. Mehrfach wurden SED-Funktionäre bei Kundgebungen öffentlich zur Rede gestellt. So beispielsweise ein Betriebs-Parteisekretär in der thüringischen Kleinstadt Kahla. Als er die Rednertribüne betrat, verlangten die Demonstranten, er solle sein Parteiabzeichen abnehmen. Auf seine Weigerung hin entfernte ein Mitglied des örtlichen Streikkomitees das Abzeichen. Als der Parteisekretär ausführte, die SED hätte ihre Fehler bereits korrigiert, ertönte er empörte Zwischenrufe, sodass er nicht weiter reden konnte. Ebenso erging es dem Bürgermeister des Ortes, der nach ihm zu sprechen versuchte. Seine Worte gingen im Tumult unter, gleichzeitig entfernten Jugendliche am Rathaus sämtliche Transparente. Das Streikkomitee war indes bemüht, jegliche Tötlichkeiten gegen die beiden Funktionäre zu verhindern und gab dem Parteisekretär vier Mann Begleitschutz mit auf den Weg nach Hause. Auch in Bitterfeld bei der großen Kundgebung auf der Binnengärtenwiese wurde ein Funktionär zur Rede gestellt, und zwar der Propaganda-

Sekretär der SED-Kreisleitung, der verdächtigt wurde, bei den „Volkswahlen“ 1950 Wahlfälschungen begangen zu haben. Sein Versuch, sich vor den Massen zu rechtfertigen, brachte die Stimmung noch stärker gegen ihn auf. Auch hier organisierte das Streikkomitee einen Begleitschutz für den Funktionär. Später allerdings wurde der Mann doch noch von einigen Arbeitern ergriffen und in einen schmutzigen, knietiefen Bach geworfen. Auch in manchen Dörfern versuchten Aufständische, die lokalen Repräsentanten der Macht zur Rechenschaft zu ziehen. In Zöllnitz bei Jena beispielsweise stürmten die protestierenden Einwohner zunächst das Bürgermeisteramt, trugen Embleme und Bilder der Staatsmacht auf die Straße und zündeten sie an. Ähnlich verfahren die Aufständischen auch mit den Amtsräumen des Oberlehrers, eines Volkspolizisten und eines SED-Funktionärs. In den Parteiakten fanden die Aufständischen einen Bericht über einen Bauern, der wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen worden war. Der SED-Funktionär wurde gezwungen, seinen Bericht öffentlich vorzulesen. Er hatte Glück, sein Bericht enthielt angeblich „nichts wesentliches“. Nicht immer ging es für Vertreter der Staatsmacht so glimpflich ab. In Jena fesselten Aufständische einen MfS-Mitarbeiter, stellten ihn auf dem Marktplatz auf den Rand eines Brunnens und verhörten ihn.

## **Arbeiterfäuste gegen Funktionäre**

Anders als im Herbst 1989 waren die Demonstranten im Sommer 1953 durchaus bereit, ihre Fäuste einzusetzen. Es gibt zahlreiche Berichte darüber, dass Funktionäre geschlagen wurden, wenn sie sich den Demonstrationen entgegen stellten oder versuchten, die Protestierenden von der Richtigkeit der Politik der SED zu überzeugen. Insgesamt ging die Zahl der durch Aufständische verletzten Funktionäre in die Hunderte. Laut einem SED-Bericht wurden am 17. Juni allein 191 Volkspolizisten verletzt. Eine bundesdeutsche Schätzung ging von insgesamt 645 verletzten Vertretern der Staatsmacht aus. Von Ort zu Ort waren Art und Umfang der Gewaltanwendung aber sehr verschieden. Nahezu bürgerkriegsähnliche Züge nahm die Erstürmung der MfS-Kreisdienststelle in Niesky an. Hier war es etwa 1.200 Demonstranten gelungen, auf das Gelände der MfS vorzudringen und einige Räume im Erdgeschoss und den Keller zu besetzen. Von dort aus versuchten sie, die MfS-Mitarbeiter, die von der Schusswaffe keinen Gebrauch machten, „auszuräuchern“. Dazu legten zwei Aufständische in einer Zelle einen Brand mit Putzwolle und einem Gummimantel, der eine starke Rauchentwicklung hervorrief. Versuche, die Belagerung durch Einsatz von Polizisten und

ein KVP-Grenzkommando zu beenden, scheiterten ebenso wie die Löscheversuche der Feuerwehr am hartnäckigen Widerstand der Aufständischen. Nach zwei Stunden gaben die MfS-Mitarbeiter auf. Einige von ihnen wurden geschlagen. Dann sperrten Aufständische den unverletzten Dienststellenleiter und drei Mitarbeiter in den Hundezwinger, beschimpften und bespuckten sie und setzten ihnen Hundefutter vor. Nach einem SED-Bericht soll ihnen auch ein rotes Fahnentuch „zum Fressen“ hingeworfen worden sein.

### **Extremfall Rathenow**

Generell kann gesagt werden: Aggressionen gegen Funktionäre liefen in der Regel auf eine öffentliche Entmachtung und zu dem höchstens, wie im Fall Niesky besonders drastisch geschehen, auf eine demütigende Vergeltung hinaus. Eine extreme Ausnahme stellte der Lynchmord an einem SED-Funktionär in der brandenburgischen Kleinstadt Rathenow dar. Zunächst waren Demonstranten friedlich durch die Stadt gezogen und hatten bei einer Kundgebung auf dem Markt die Wiedereinsetzung des ehemaligen Bürgermeisters gefordert, der 1951 wegen angeblicher Wirtschaftsvergehen verurteilt worden war. Der Demonstrationzug hatte

Volkspolizisten entwaffnet und ihnen die Fahrzeuge weggenommen, ohne dass es zu Gewaltexzessen gekommen war. Erst nach der Kundgebung, als sich die Menschenansammlung zu zerstreuen begann, riefen einzelne Aufständische, man solle den SED-Funktionär Hagedorn totschiagen oder aufhängen. Wilhelm Hagedorn war in Rathenow bei Vielen verhasst, weil er nach 1945 als Mitarbeiter der politischen Polizei wirkte und zahlreiche Menschen ins Gefängnis brachte. 1950 hatte ihn das MfS übernommen, ein Jahr später war er krankheitsbedingt ausgeschieden und arbeitete seitdem als Wachmann bei der Handelsorganisation (HO). Zu seinem schlechten Ruf hatte der lang jährige Kommunist – er war 1920 der Kommunistischen Partei Deutschlands beigetreten – selbst beigetragen: Am Biertisch soll er sich damit gebrüstet haben, dass er 300 „Faschisten und imperialistische Agenten“ entlarvt hätte. Diese Wichtigtuerei gelangte bis zum RIAS, der in einer Sendung die Bevölkerung Rathenows vor dem „Spitzel Willi Hagedorn“ warnte. Am 17. Juni 1953 glaubten manche Rathenower, dass nun der Tag der Rache gekommen sei. Sie spürten Hagedorn auf, der sich mit seiner Ehefrau rasch nach Hause begeben wollte. Als er sich mit einem Gummiknüppel zu wehren suchte, verprügelten ihn die Aufständischen, schlugen auch seine Frau nieder und

jagten ihn dann durch die Stadt. Aus einer Molkerei, in die er sich flüchtete, holte man ihn ebenso wieder heraus wie aus einem Auto, das den Verletzten zum Arzt bringen sollte. Wütende Zurufe von Demonstranten heizten die Stimmung weiter an. „Er hat meinen Mann ins Zuchthaus gebracht“, schrie eine Frau und schlug Hagedorn. Andere forderten, den verhassten Spitzel zu hängen. Als das scheiterte, stießen ihn Aufständische in den Havel-Kanal, um ihn zu ertränken. Durch Schläge bereits schwer verletzt, erreichte Hagedorn wider Erwarten schwimmend das andere Ufer, wurde von zwei jungen Männern nochmals ins Wasser zurück geschleift, bevor Polizisten eintrafen und den Schwerverletzten ins Krankenhaus brachten. Dort verstarb er wenig später. Hagedorns Tod war Folge einer Eigendynamik des Massenprotestes, der Herausbildung einer mordlustigen Menge, was am 17. Juni äußerst selten war. Und wenn so etwas geschah, endete es nicht tödlich. In Roßlau zum Beispiel wurde eine Staatsanwältin, die für ihr hartes Durchgreifen berüchtigt war, bei der Erstürmung der Haftanstalt von einigen Demonstranten an den Haaren auf die Straße gezerrt und geschlagen, dann jedoch zu ihrem Schutz in eine Gefängniszelle eingeschlossen.

### **Kein unnötiges Blutvergießen**

Typisch für die Mehrheit der Demonstranten war der Wille zur Begrenzung der Gewalt. Häufig nahmen Demonstranten den gegen sie eingesetzten Volkspolizisten Waffen ab und zerschlugen sie, um Blutvergießen zu verhindern; so in Gera, Halle und Leipzig. In Görlitz entwaffneten die zumeist jugendlichen Aufständischen, welche die Kreisdienststelle des MfS erstürmten, Mitarbeiter der Staatssicherheit und schlugen auf deren Waffen ein, um sie unbrauchbar zu machen. Ein Sonderfall war das Stadtzentrum von Berlin, wo nahe der Sektorengrenze am Potsdamer Platz vorübergehend anarchische Zustände herrschten. Dort übernahm die West-Berliner Polizei teilweise die Funktion einer Ordnungsmacht und „rettete“ in Bedrängnis geratene Polizisten und Funktionäre durch Verbringen in die Westsektoren. In zahlreichen Städten der DDR waren es aber auch Volkspolizisten, die eine Eskalation der Gewalt verhinderten. In Bitterfeld, Magdeburg, Merseburg und anderen Städten schlossen Polizeioffiziere die Waffen weg, als Demonstranten die Polizeiwachen stürmten. Der bewaffnete Betriebsschutz des Schott-Werkes in Jena entschied sich zum gleichen Vorgehen. In Gera schickte die Kasernierte Volkspolizei unbewaffnete Soldaten zu den Demonstranten, um mit diesen zu diskutieren. In Halle setzte die Staatsmacht an mehreren Stellen der Stadt

Soldaten der Kasernierten Volkspolizei ein, die zwar Maschinenpistolen bei sich hatten, aber keine Munition. In Niesky schossen die zur MfS-Kreisdienststelle gesandten Polizisten nur mit Platzpatronen.

### **Schießbefehl und Panzer**

Allerdings ändert sich das Verhalten der deutschen Sicherheitskräfte im Verlauf des Tages, als in vielen Städten und Kreisen der Schießbefehl erteilt wurde. Die Zurückhaltung der Volkspolizei am Morgen des 17. Juni war eine Folge der sowjetischen Vorgaben gewesen. Auch der insgesamt sehr verhaltene Einsatz der Kasernierten Volkspolizei – nur acht Prozent der verfügbaren Kräfte kamen zum Einsatz – ging auf Weisungen der sowjetischen Besatzer zurück. Zum einen misstrauten sie der jungen Truppe hinsichtlich ihrer militärischen Fähigkeiten, zum anderen hielten sie die Kasernierte Volkspolizei für politisch unzuverlässig. Nach Erteilung des Schießbefehls, was regional zu unterschiedlichen Tageszeiten erfolgte, wurde an Brennpunkten des Aufstands scharf geschossen: vor allem an belagerten Gefängnissen, Gebäuden der Staatssicherheit und der SED. Die Zahl der am 17. Juni und in den Tagen danach durch Schüsse deutscher und sowjetischer Soldaten Getöteten betrug nach neueren

Forschungen mindestens 34. Blutbäder wurden durch das Eingreifen der Besatzungsmacht nicht angerichtet. Das sowjetische Militär betrieb vor allem eine massive Einschüchterung durch Demonstration der militärischen Überlegenheit. 16 Divisionen kamen in der DDR zum Einsatz. In Berlin war die Machtpräsenz mit drei Divisionen schon in der Nacht zum 17. Juni besonders groß, da die sowjetische Führung befürchtete, die Westalliierten könnten eingreifen. In der DDR Hauptstadt waren 600 Panzer vom Typ T 34 präsent. Sie spalteten Demonstrationzüge auf, drängten die Menschen in Seitenstraßen ab. Den Panzern folgten Infanteristen, die die Menschen zerstreuten. Nirgendwo in der DDR schossen die Panzer aus den Kanonen. Wenn Schüsse fielen, dann aus Handfeuerwaffen, selten Maschinengewehren, und in der Regel über die Köpfe der Demonstranten hinweg. Mehrere Tote waren dann auch Unbeteiligte, die durch Querschläger getroffen wurden. Durch das Eingreifen der sowjetischen Panzer änderte sich das Verhalten der Demonstranten. So lange die Rote Armee nicht aufmarschiert war, bemühten sich die Aufständischen, die sowjetischen Truppen nicht zu provozieren. Nirgendwo wurden Gebäude der sowjetischen Kommandanturen belagert oder gestürmt. Und noch als die ersten Panzer erschienen, kam es in der Regel nicht zu Konfrontationen.

Die Menschen wichen meistens zur Seite und attackierten die Panzer nicht. Erst nach der Verhängung des Ausnahmezustands, angesichts der Schüsse auf Demonstranten und aus Wut über die Niederschlagung des Aufstands wurden Panzer angegriffen. Filmaufnahmen dokumentieren solche Aktionen in Berlin: Aufständische werfen Steine, schlagen mit Knüppeln auf Panzer und versuchen, eine Funkantenne abzubrechen. Ein Panzer soll sogar fahruntüchtig gemacht worden sein, indem eine Stange in die Panzerkette gesteckt wurde. Aber solche Szenen, so sehr sie später auch zu Ikonen des Widerstandswillens der DDR-Bevölkerung wurden, waren selten am 17. Juni. Die Demonstration der militärischen Überlegenheit sowie einige zur Abschreckung erfolgte standrechtliche Erschießungen veranlassten den britischen Stadtkommandanten von Berlin am 18. Juni 1953 zu folgender Einschätzung: „Das russische Militär (und tatsächlich auch die Volkspolizei) hat durchweg mit deutlicher Zurückhaltung und Mäßigung agiert und folgte damit eindeutig den Anweisungen zu einer möglichst geringen Gewaltanwendung, vermutlich in der Hoffnung, soviel wie möglich von der am 9. Juni eingeführten neuen SEDPolitik zu retten.“

# Bilanz des gescheiterten Aufbegehrens

## **Opferzahlen in der verzerrten Optik des Kalten Krieges**

Zahlenangaben über Tote und Verwundete von Kriegen und Revolutionen sind häufig Gegenstand politischer Instrumentalisierungen. Der Umgang mit den Opferzahlen des 17. Juni 1953 ist ein weiteres Beispiel dafür, wie stark die Fehlwahrnehmung gehen kann, wenn politische Interessen die Aufarbeitung lenken. Ein offizielles Kommuniqué der DDR wies am 26. Juni 1953 insgesamt 25 Todesopfer und 378 Verletzte aus. Darunter waren 4 getötete und 191 verletzte Volkspolizisten. Dem gegenüber kam das bundesdeutsche Ministerium für gesamtdeutsche Fragen „nach sorgfältig überprüften Angaben“ auf sehr viel höhere Opferzahlen. Die Zahl der Toten wurde mit 489 angegeben, wobei auch 14 Todesurteile und 92 standrechtliche Erschießungen eingerechnet wurden. Die Zahl der Verwundeten betrug in der westdeutschen Statistik 1712, davon 645 verletzte Polizisten und Funktionäre. Durch Quellen belegt werden können jedoch, wie 2003 aus dem Forschungsprojekt „Die Toten des Volksaufstandes“ hervor ging, nur 54 Todesfälle. Dabei sind neben

Erschossenen auch ein Todesfall infolge Herzversagen und vier Selbsttötungen von Inhaftierten berücksichtigt. (Um genau zu sein: Die Forscher kamen auf 55 Tote, indem sie auch den Bitterfelder Streikführer Paul Othma dazu zählten, der jedoch erst 1969 verstarb. Sicher haben die fast zwölf Jahre Haft zu seinem frühen Tod im Alter von 63 Jahren beigetragen, aber er war kein direktes Todesopfer des Volksaufstands.) Rechnet man 18 weitere Todesfälle hinzu, deren Umstände die Forscher nicht durch Quellen belegen konnten, dann beträgt die maximale Zahl der Toten 72. Damit betragen die tatsächlichen Totenzahlen etwa das Doppelte bis das Dreifache der DDR-Statistik. Noch viel größer ist jedoch die Abweichung von den bundesdeutschen Angaben. Offenbar haben antikommunistische Agenturen wie das „Informationsbüro West“ die Augenzeugenberichte von DDR-Flüchtlingen unkritisch aufgenommen und sofort in Propaganda umgemünzt. Eine fundierte Überprüfung war während der deutschen Teilung ohnehin nicht möglich, sodass einige Mythen des 17. Juni bis in die 1990er-Jahre fort dauerten. Beispielsweise sollen sowjetische Soldaten den Befehl zur standrechtlichen Erschießung deutscher Aufständischer verweigert haben und deshalb selbst erschossen worden sein. Das hatte ein in den Westen geflüchteter Major der Sowjetarmee behauptet. Dieser hatte

die Truppe jedoch schon zwei Monate vor dem Aufstand verlassen, war also kein Zeitzeuge. Möglicherweise hat er die Hinrichtungen erfunden, um sich in der Bundesrepublik zu legitimieren. Seit 1954 erinnert ein Gedenkstein an der Potsdamer Chaussee in Berlin-Zehlendorf an die vermeintlichen Toten. Laut einem Flugblatt der russischen Emigrantenorganisation NTS sollen es 18 Soldaten gewesen sein. Ein sowjetischer Oberst sprach später sogar von 41 Erschossenen. Aber alle Indizien sprechen dafür, dass es sich bei der Episode um einen Mythos des Kalten Krieges handelt. Bisher sind weder Leichen gefunden worden, noch sind Hinterbliebene aufgetaucht. Auch ist unklar, welches Motiv die Soldaten bewogen haben könnte, für – wie ihnen die eigene Propaganda suggerierte – Akteure eines „faschistischen Putschversuches“ Partei zu ergreifen.

### **Die politische Tragik der Revolte**

Der Tod Stalins am 5. März 1953 hatte in Moskau eine „kollektive Führung“ an die Macht gebracht. Die sowjetische Führung zog die Entlassung der DDR aus dem eigenen Machtbereich zwar nicht ernsthaft in Betracht, wollte aber den Eindruck erwecken, wieder flexibler zu sein, um der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und deren Integration in das westliche Bündnis etwas entgegen zu setzen, so

lange sich Frankreich noch nicht entschieden hatte. Dass es sich dabei um Taktik handelte, zeigt die ablehnende Haltung der Sowjetunion im Frühjahr 1953 gegenüber einem Vorschlag Großbritanniens, einen demokratischen deutschen Staat zu schaffen. Der „Neue Kurs“, dieser radikale Politikwechsel, welchen die sowjetische Führung den nach Moskau beorderten SED-Funktionären Anfang Juni 1953 in die Feder diktierte, hatte das Ziel gehabt, die durch die schwere Krise in ihrer Existenz gefährdete DDR zu konsolidieren. Dieser Versuch, die DDR durch das Ziehen einer „Notbremse“ zu stabilisieren, hatte das Gegenteil bewirkt. Er löste den Volksaufstand aus, der nur durch das massive Einschreiten sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden konnte. Aufstand und Niederschlagung blieben wiederum nicht ohne Rückwirkungen auf die Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Zwar trifft es nicht zu, dass der 17. Juni unbeabsichtigt die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung zunichte gemacht hat – aber er hat doch dafür gesorgt, dass die Sowjetunion danach unmissverständlich eine Politik zur Stärkung der DDR und zur Integration in den Ostblock praktizierte. Noch deutlicher zeigte sich das tragische Scheitern in innenpolitischer Hinsicht, weil der Aufstand gerade jene in ihrer Macht stärkte, gegen die er sich

richtete. So ging der Generalsekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, letztlich als Sieger aus den innerparteilichen Machtkämpfen nach dem 17. Juni 1953 hervor. Entscheidend war die im Juli 1953 erfolgte Absetzung des Staatssicherheitsministers Wilhelm Zaisser und des Chefredakteurs der SED-Zeitung „Neues Deutschland“, Rudolf Herrnstadt. Hier wirkte sich die enge Verzahnung der politischen Entwicklungen in Moskau und Ost-Berlin aus. Zaisser und Herrnstadt hatten über gute Kontakte zum sowjetischen Innenminister Lawrenti Berija verfügt, der unmittelbar nach dem Volksaufstand entmachtet worden war. Das lieferte Ulbricht den Vorwand, die beiden mächtigen SED-Funktionäre als vermeintliche „Berija-Fraktion“ zu opfern und seinen eigenen Sturz zu verhindern. Als Sündenbock seines Amtes enthoben wurde auch Justizminister Max Fechner, weil er kurz nach dem Aufstand jene Arbeiter, die lediglich gestreikt hatten, in Schutz genommen hatte – immerhin garantierte die DDR-Verfassung das Recht auf Arbeitsniederlegung. Wie wenig das in der Praxis wert war, bekam Fechner hart zu spüren. Er musste fast drei Jahre im Gefängnis verbringen (wurde dann allerdings rehabilitiert).

## **Härte und Haftentlassungen**

Während die SED-Führung, die sich unter den Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht nach Berlin-Karlshorst begeben hatte, nach dem 17. Juni noch für ein paar Tage unter Schock stand, begannen die Sicherheitskräfte bereits am Abend des Aufstands mit Massenverhaftungen. Insgesamt wurden nach der Volkserhebung bis zu 15.000 Beteiligte verhaftet. Damit handelte es sich um die größte Verhaftungswelle in der Geschichte der DDR. Der Umgang mit den Verhafteten gestaltete sich sehr unterschiedlich. Zum einen ging die SED-Justiz gegen „Rädelsführer“ mit großer Härte vor. Insgesamt 115 Streikführer wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, die sie oft bis zum Ende verbüßten. Zudem wurden zwei von deutschen Gerichten gefällte Todesurteile vollstreckt und fünf Aufständische durch die sowjetische Besatzungsmacht standrechtlich erschossen. 824 Aufständische mussten für bis zu fünf Jahre ins Gefängnis. Bis 1955 ergingen etwa 1.800 Urteile im Zusammenhang mit dem Aufstand. Etwa ebenso viele Akteure des Volksaufstands kamen in sowjetische Straflager. Die Mehrheit der Verhafteten ging jedoch straffrei aus. Die meisten Verhafteten waren sogar schon Ende Juni wieder in Freiheit. Offenbar setzte die SED auf die abschreckende Wirkung einer begrenzten Zahl harter Urteile, weil sie es sich nicht leisten konnte, durch breite

Repression eine erneute Massenflucht auszulösen. Paradox mag erscheinen, dass die Verhaftungswelle nach dem Volksaufstand einher ging mit Massenentlassungen aus den DDR-Gefängnissen. Nachdem im Zuge des „Neuen Kurses“ die Überprüfung von Verurteilungen angekündigt worden war, wurden bis Ende Oktober 1953 insgesamt 24.000 DDR-Bürger vorzeitig aus der Haft entlassen.

### **Ausbau des Sicherheitsapparates?**

Das weitgehende Versagen ihres Machtapparates am 17. Juni 1953 nahm die SED zum Anlass, zahlreiche Funktionäre abzusetzen. Zugleich wurden maßgebliche Strukturen verändert, um künftige Massendemonstrationen besser abwehren zu können. Dazu gehörte die Schaffung einer Bürgerkriegstruppe, der sogenannten „Bereitschaftspolizei“, die bis 1957 eine Sollstärke von 17.500 Mann erreichte, was in etwa dem damaligen Personalbestand des MfS entsprach. Die Staatssicherheit selbst erfuhr, ebenso wie die reguläre Volkspolizei, nach dem Aufstand keinen massiven Ausbau. Lediglich das Netz der „Geheimen Informatoren“ wurde überprüft und ausgebaut. Unter den Bauarbeitern in der Berliner Stalinallee und am Krankenhaus Friedrichshain war offenbar nicht ein einziger Informant gewesen; das sollte sich nicht

wiederholen. Eine zweite wichtige Struktur war die Schaffung von Bezirkseinsatzleitungen, welche in kritischen Situationen alle Sicherungsmaßnahmen koordinieren sollten. Als Modell dafür diente die am 17. Juni 1953 von Fred Oelßner geführte Einsatzleitung des Bezirkes Halle. Zu den Bezirkseinsatzleitungen gehörten die Chefs von SED, Polizei, MfS sowie der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, dazu die Kommandeure der im Bezirk stationierten Militäreinheiten und ein Verbindungsoffizier zur sowjetischen Kommandantur. Drittens wurden, auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht, die Betriebskampfgruppen zu einer Art „Feierabendmiliz“ ausgebaut. Zahlenmäßig waren die Kampfgruppen mit etwa 200.000 Mitgliedern die größte Organisation, hinsichtlich ihrer Kampfkraft jedoch eher von symbolischer Bedeutung.

### **Der Anfang vom Ende der DDR?**

Kurzfristig blieben als positiver Ertrag des Aufstands für die DDR-Bevölkerung einige materielle Zugeständnisse. So galten ab sofort wieder die alten Arbeitsnormen von April 1953. Die Mindestrenten wurden um 10 Mark erhöht. Hinzu kamen besondere Maßnahmen der Sowjetunion, um die DDR zu stabilisieren. Im Sommer 1953 trafen in Ostdeutschland Lebensmittellieferungen zur Behebung von

Versorgungsengpässen ein. Ab 1954 verzichtete die Sowjetunion auf Reparationen, senkte die Besatzungskosten und übergab der DDR (bis auf Ausnahme der Uran fördernden Wismut) alle Betriebe, die bis dahin sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) gewesen waren. Es wäre jedoch zu einseitig, alle Veränderungen der Situation in der DDR ab Mitte 1953 dem Volksaufstand zuzuschreiben, denn auf Initiative Moskaus waren auch andere Staaten des Ostblocks (sowie die Sowjetunion selbst) auf „neuen Kurs“ gegangen. Die Aufhebung der einseitigen Förderung der Schwerindustrie, wodurch wieder mehr Konsumgüter produziert werden konnten, blieb ebenso wie die Verlangsamung der Kollektivierung der Landwirtschaft kein Phänomen, das nur in der DDR anzutreffen war. Ein längerfristiges Resultat des Aufstands war, dass die SED bis zum Ende der DDR traumatisiert blieb und, so hat es der Historiker Gerhard A. Ritter formuliert, „dass die Arbeiter zum Hätschelkind der Sozialpolitik der DDR wurden.“ Es wurde also das Fundament dafür gelegt, dass die DDR sich in der Ära Honecker durch überzogene Sozialausgaben und eine zu niedrige Arbeitsproduktivität zunehmend selbst destabilisierte. Eine Tradition des Widerstands gegen das SED-Regime hingegen begründete der Aufstand nicht. Arbeiter im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld äußerten

Ende August 1953 resigniert: „Bei uns wird bloß noch geschwiegen, wir sagen gar nichts mehr, das hat ja doch keinen Zweck. Wenn man seine Meinung sagt, wird man als Faschist hingestellt.“ Misst man den Aufstand an seinen Zielen, dann ist er tragisch gescheitert. Statt eine Diktatur zu beseitigen und eine verhasste Regierung zu stürzen, wurde deren Macht gestärkt. Fragt man hingegen, wieso der Aufstand heute noch von Bedeutung ist, so sind zwei Aspekte wichtig. Erstens handelte es sich acht Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur und Gewaltherrschaft, wogegen die übergroße Mehrheit des Volkes nicht aufbegehrt hatte, um den Ansatz zu einer Freiheitsbewegung, die das deutsche Volk in der Welt ein Stück weit rehabilitieren konnte. So zumindest wurde der ostdeutsche Aufstand von vielen westdeutschen Politikern interpretiert und in Reden am „Tag der deutschen Einheit“, der in der Bundesrepublik bis 1990 Feiertag war, gewürdigt. Zweitens verdient das mutige Aufbegehren der Menschen des Juni 1953 Achtung und Anerkennung. Der Mut, mit dem Menschen für ein besseres Leben auf die Straße gingen und teilweise auch ihr Leben riskierten, war bei vielen mehr als der Wunsch nach mehr Lohn oder gesenkten Preisen. Wenngleich der Lebensstandard eine wichtige Rolle für den

Unmut weiter Teile der Bevölkerung der DDR spielte, hatten doch viele erkannt, dass es ohne Freiheit und Demokratie auf Dauer kein besseres Leben geben wird.

# Weiterführende Literatur

Edda Ahrberg/ HansHermann Hertle/ Tobias Hollitzer (Hg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Münster 2004.

Torsten Diedrich: Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni in der DDR, München 2003.

Bernd Eisenfeld/ Ilko-Sascha Kowalczyk/ Ehrhart Neubert (Hg.): Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.

Roger Engelman/ Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SEDStaat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, Göttingen 2005.

Andrea Herz (Hg.): Quellen zur Geschichte Thüringens. Der 17. Juni 1953 in Thüringen, Erfurt 2003.

Thomas Flemming: Kein Tag der deutschen Einheit – 17. Juni 1953, Berlin 2003.

Jan Foitzik (Hg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Politische, militärische, soziale und nationale Dimensionen, Paderborn 2001.

Manfred Hagen: DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1992.

Hubertus Knabe: 17. Juni 1953 – ein deutscher Aufstand, Berlin 2004.

Christoph Kleßmann/ Bernd Stöver (Hg.): 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln u.a. 1999.

Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953. Geschichte eines Aufstands, München 2013.

Ilko-Sascha Kowalczyk: 17.6.1954 –Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.

Hans Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, Bremen 2003.

Ulrich Mählert (Hg.): Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003.

Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen, Köln 1999.

Jens Schöne: Der 17. Juni 1953 in Berlin und der DDR, Berlin 2013.

Stefanie Wahl/ Paul Werner Wagner (Hg.): Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik, Leipzig 2003.

# Über den Autor

Dr. Udo Grashoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Leipzig. Derzeit habilitiert er über „Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933–1945“.

Er hat an zwei Ausstellungen über den 17. Juni 1953 mitgearbeitet.

# Impressum

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen  
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

[www.lzt.thueringen.de](http://www.lzt.thueringen.de)

2. überarbeitete Auflage 2015

**Wir wollen freie Menschen sein**

# **Der DDR-Volksaufstand vom 17. Juni 1953**

**Udo Grashoff**